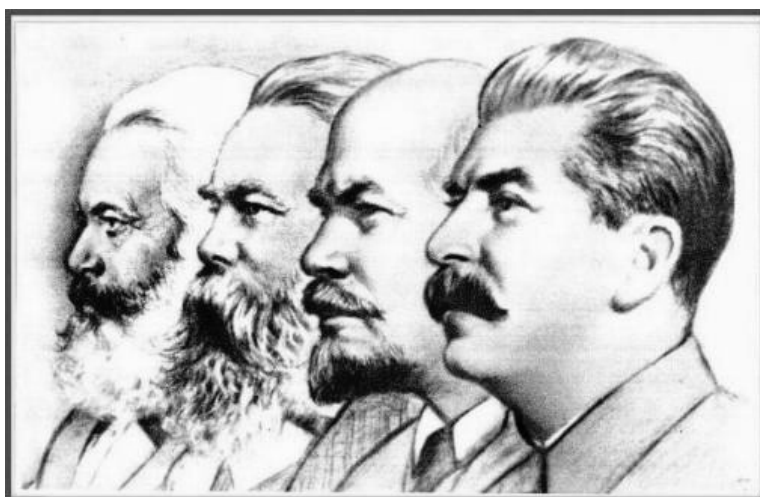




**Schriftenreihe der
Kommunistischen Partei Deutschlands**

**Beiträge zur Theorie und Praxis
des Marxismus-Leninismus**

Heft 18/2014

**Dokumente zum 28. Parteitag der
Kommunistischen Partei Deutschlands
am 30. November 2013**

Politischer Bericht und Diskussionsbeiträge

Inhaltsverzeichnis

1. Dieter Rolle & Torsten Schöwitz
(Vorsitzender und Amtierender Vorsitzender der KPD)
*Kampf für die Stärkung der Partei und die Festigung ihrer
Reihen sowie für die Einheit von Kommunisten
mit marxistisch-leninistischem Programm* Seite 4
2. Alfred Fritz
Stärkung der Partei und Bündnisarbeit Seite 32
3. Axel Schmidt
Das Wirtschaftsdokument der KPD Seite 37
4. Klaus Peter Schöwitz
Zu ideologischen Fragen dieser Zeit Seite 40
5. Peter Schmuck
Zur Lage in Dresden Seite 45
6. Lothar Piechowski
Stärkung der Landesorganisation Mecklenburg-Vorpommern ... Seite 50
7. Kurt Ehegötz
Zum Problem politischer Arbeit in der LO Thüringen Seite 52
8. Hannes Gelenk
Zur politischen Situation Seite 54
9. Torsten Schöwitz
Abschlußbemerkungen zum 28. Parteitag Seite 55

Kampf für die Stärkung der Partei und die Festigung ihrer Reihen sowie für die Einheit von Kommunisten mit marxistisch-leninistischem Programm

Politischer Bericht an den 28. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Dieter Rolle, Vorsitzender der KPD

Torsten Schöwitz, Amtierender Vorsitzender der KPD

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unser 28. Parteitag findet drei Wochen nach dem 95. Jahrestag der Novemberrevolution in Deutschland statt, die den Sturz der Monarchie und die Beseitigung der Fürstenherrschaft herbeiführte. Im Ergebnis wurde unsere Kommunistische Partei Deutschlands gegründet, deren 95. Jahrestag ihres Bestehens wir Ende Dezember/Anfang Januar begehen. Diese Partei hat sich in den Stürmen des 20. Jahrhunderts bewährt, und sie lebt noch heute, trotz zunehmendem Antikommunismus, ständigen Angriffen und aller Verunglimpfungen.

Wie Recht hatte Karl Liebknecht mit seiner Feststellung im Artikel der „Roten Fahne“ vom 15. Januar 1919: „Wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“

Diese Zukunftsgewißheit und Siegeszuversicht, die wir für unsere politische Arbeit notwendig brauchen, müssen wir uns als Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands noch stärker zu eigen machen im Kampf gegen den menschenfeindlichen Imperialismus und den Revisionismus sowie für die Einheit von Kommunisten mit marxistisch-leninistischem Programm. Dafür gilt es jedoch, alles zu tun, um unsere Partei weiter zu stärken, Mitglieder durch eine noch bessere Öffentlichkeitsarbeit zu gewinnen. Das ist der absolute Schwerpunkt unserer Parteiarbeit. Einen weiteren sehen wir in der Formierung einer einheitlichen kommunistischen Partei. Dabei unterstützen wir alle diejenigen Kräfte und arbeiten mit ihnen eng zusammen, die dazu bereit sind und folgende

Grundsätze akzeptieren:

1. Das Ziel des ‚Sozialismus/Kommunismus kann nur auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus, erreicht werden.
2. Die revolutionäre Erlangung der Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.
3. Die Vergesellschaftung des Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln.
4. Fester Bestandteil der kommunistischen und Arbeiterparteien ist der proletarische Internationalismus.
5. Die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterklasse und ihrer natürlichen Verbündeten in allen sozialistischen Ländern sowie in der DDR. Denn sie war das Beste, was die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse in ihrer bisherigen Geschichte erreicht hat.
6. Die Hauptursache für die Zerstörung und Beseitigung des Sozialismus auf deutschem Boden waren der Revisionismus und Opportunismus. Deshalb führt die KPD einen konsequenten Kampf gegen Revisionismus, Opportunismus und seine Hauptform, den Antistalinismus.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Lage ist geprägt von den Auswirkungen der Finanzkrise; der sogenannten NSA-Ausspäh-Affäre; von der, ich sage dazu „Regierungskrise“ nach den Bundestagswahlen: von weiterem Demokratie- und Sozialabbau; von ständig zunehmenden Faschisierungstendenzen in Deutschland; bis hin zu Geschichtsfälschungen; dem NSU-Prozeß; dem sich weiter ausprägenden Antikommunismus; der Erhöhung der Rüstungsproduktion sowie zunehmenden Problemen in der Wirtschaft.

Dabei ist festzustellen, daß wir uns gegenwärtig nicht nur in einer kurzfristigen Finanz- und Wirtschaftskrise befinden, sondern in einer andauernden Verschärfung der allgemeinen Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Diese Krise ergreift immer mehr Mitgliedsländer der Europäischen Union, deren Wirtschaftskraft der zunehmenden Konkurrenz unter den führenden Staaten nicht mehr gewachsen ist.

Das gesamte Ausmaß der wirklichen Krisenerscheinungen offenbart sich in der medialen Öffentlichkeit jetzt, wo zum Beispiel Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich, am EU-Schuldenpranger stehen. Das zeigt aber auch, daß der Lissabon-Vertrag, also der Vertrag über die Europäische Union vom 13. Dezember 2007 nicht dem entspricht, was wohl mit seiner Unterzeichnung von den Herrschenden erwartet worden ist, nämlich die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“.

Dazu hob Lenin bereits 1915 hervor: „Die Schaffung der vereinigten Staaten von Europa ist unter kapitalistischen Bedingungen entweder unmöglich oder reaktionär.“ (Lenin, Werke Bd. 21, S. 343) Und die desolate Situation der bürgerlichen Machthaber, auch in den führenden Zentren imperialistischer Herrschaft, beweist das eindrucksvoll.

Im Juni wurde durch Ermittlungen des US-Finanzministeriums bekannt, daß die USA mit Hilfe des sogenannten Computerwurmes Stuxnet einen Wirtschaftskrieg gegen andere Länder führen. Mit Hilfe dieses Virusprogramms können hochkomplexe Industrieanlagen so manipuliert werden, daß sie sich im schlimmsten Fall durch Fehlfunktionen selbst zerstören. So soll zum Beispiel der Stuxnet-Angriff auf iranische Atom- und Industrieanlagen rund 16.000 Computer infiziert haben.

Ein weiteres Beispiel sind die brisanten Veröffentlichungen des ehemaligen Mitarbeiters von CIA und NSA, Edward Snowden. Die jüngsten Enthüllungen über die Abhörpraktiken der US-Geheimdienste auch gegenüber ihren sogenannten Partnern in Europa offenbaren die ganze Tiefe imperialistischer Verlogenheit und das Mißtrauen, welches die Herrschenden auch untereinander hegen. Fast fünf Monate dauert nun schon der NSA-Spionageskandal, und keine der zahlreichen Enthüllungen hat dazu geführt, daß notwendige Konsequenzen gezogen wurden.

Lange Zeit agierte Merkel in der NSA-Affäre sehr zurückhaltend und schützte Unwissen vor, deckte damit diese Aktivitäten. Nun ist sie selbst, wie 23 andere internationale Persönlichkeiten, Opfer der Spione. Sie selbst hatte in einem Interview noch geäußert: „Freunde bespitzeln sich nicht. Basta.“ Sie ließ sich jedoch von Obama überzeugen, der ihr im Juni versichert hatte, daß die US-Geheimdienste sich künftig eng mit den deutschen Partnern abstimmen werden. Merkel spielte mit, auch als herauskam, daß die Amerikaner EU-Einrichtungen mit Wanzen versehen hatten. Die Kanzlerin tat Ende Oktober, was sie immer tat, wenn es brenzlig wurde, sie hüllte sich in Schweigen. Sie wurde erst wieder munter, als es sie selbst „erwischte“. Was mit Hunderttausenden durch den Ausspähskandal Betroffenen wird, interessierte sie einen „feuchten

Kehricht“.

Man stelle sich nur einmal vor, nachdem sich u. a. in Frankreich, Italien, Brasilien, Mexiko, Deutschland und Spanien ähnliche Vorfälle abspielten, welchen Entrüstungsturm westliche Medien entfachen würden, wenn der Übeltäter nicht in Washington zu suchen wäre, sondern in Moskau oder Peking. Auf alle Fälle ist es illusorisch, eine Entschuldigung der USA zu erwarten, denn die Geheimdienste der USA betrachten den Rest der Welt mit jenem Mißtrauen, den Geheimdienste überall an den Tag legen.

Das wird auch so bleiben, denn zum Beispiel die USA-Regierung will dem NSA-Geheimdienst trotz des Spionageskandals kaum Einschränkungen auferlegen. Obama und seine Berater sehen keine Alternative zur bisherigen Praxis, große Mengen an Verbindungsdaten zu sammeln. Es soll sichergestellt werden, daß künftig „Chancen und Risiken“ der Aktivitäten des Geheimdienstes „effektiver“ abgewogen werden können.

Also, die USA wollen weiter alle Welt überwachen – formulieren wir es drastischer: ausspionieren. Daran wird sichtbar, daß die größte Demokratie der Welt, Gottes eigenes Land, der Bewahrer von Spionage, aber auch der Auslöser („Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“) etlicher Kriege, Morde und Umstürze ist. Die USA scheren sich einen Dreck über ihre Reputation in der Welt.

Sogenannte westliche Demokratien sehen eben in den USA die Wiege der Freiheit und negieren ganz bewußt die eingeschränkte Pressefreiheit, politische Häftlinge zum Beispiel in Guantanamo sowie Verletzungen der Menschenrechte. Die wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von den USA machen das Geheule über angebliche „Menschenrechtsverletzungen“ in anderen Staaten zum lächerlichen und makabren Schauspiel.

Seit Mai dieses Jahres gibt es bis heute israelische Luftangriffe auf Ziele in Syrien. Verübte Massaker, zum Beispiel in Hula und Aleppo, werden sofort den syrischen Regierungsgruppen angelastet, gleichfalls der Angriff mit Chemiewaffen. Bis heute ist nicht geklärt, wer der Auslöser war. Aber Waffen für die „Rebellen“ werden geliefert. Fakt ist jedoch, daß auf Beschluß der UNO begonnen wurde, Chemiewaffen seitens der Regierung Assad zu zerstören.

Daß die USA zunehmend auch Isolation und Widerstand gegen sich verspüren, zeigen die Reaktionen auf die Lage in Syrien, wo ja Obama in der UNO ausgerufen hatte: Assad hat Chemiewaffen zum Einsatz gebracht, obwohl gar keine Beweise vorlagen

Wir sehen aber auch - die Aufnahme Palästinas als Staat mit Beobachterstatus in die UNO-Vollversammlung in diesem Jahr, - die Verurteilung des US-Embargos bzw. der Blockaden gegen Kuba als „feindlichen Akt“ durch die

UNO. Lediglich die USA und Israel votierten für die Beibehaltung der Sanktionen gegen Kuba.

Damit haben die Vereinten Nationen zum 21. Mal in Folge die Sanktionen gegen das sozialistische Kuba international verurteilt. Das ist auch ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenrechte, denn der Boykott kostete Kuba inzwischen mehr als 100 Milliarden Dollar. Oder der Einsatz von panzerbrechender Uranmunition, deren Projektile angereichertes Uran enthalten. Eingesetzt wurde sie in den letzten Jahren vor allem im Krieg gegen das ehemalige Jugoslawien, im Irak, Afghanistan und Libyen. Wer eine gewisse Vorstellung hat, wo der US-Imperialismus in den letzten Jahren Krieg führte, gewinnt eine ungefähre Vorstellung, wie über die Luft, das Grundwasser und dann schließlich die Ernährung ganze Gebiete nuklear verseucht wurden.

Es gäbe bestimmt noch mehr zu sagen zu den Praktiken, mit denen die USA, die EU und auch die BRD tätig sind.

So ist die Bundeswehr in diese „Aktivitäten“ voll mit einbezogen. Rüstungsminister de Maiziere hatte die Richtung in einer Rede vom 3. Oktober 2012 vor Soldaten bereits gewiesen. Er sagte: „Deutschland muß endlich erwachsen werden“. Tröpfchenweise soll also der Kriegsgedanke in die Köpfe des Volkes hineingetragen werden. Auch Gauck gab in seinen Reden in letzter Zeit diese Richtung vor. Dahinein paßt auch die Tatsache, daß Deutschland nicht nur den dritten Platz der größten Rüstungsexporteure in der Welt belegt, sondern sich nun schon zum vierten Mal geweigert hat, eine internationale Erklärung zu unterzeichnen, nach der Atomwaffen „nie wieder und unter keinen Umständen“ mehr eingesetzt werden dürfen.

Der Gipfel aber ist die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion: „Der Besitz von Atomwaffen dient letztlich der Wahrung des Friedens“, Daraus kann man schließen: viel Atomwaffen – viel Potential zur Wahrung des Friedens. Je mehr Länder also Atomwaffen besitzen, desto stärker die Bewahrer des Friedens. Deshalb lagern ja auch noch Atomwaffen der USA auf deutschem Boden; deshalb steht Deutschland nach Lieferung von Panzern und Sturmgewehren vor einem milliardenschweren U-Boot-Geschäft mit Saudi-Arabien, zuerst 5 Stück á 250 Millionen Euro. Die Option lautet, in den kommenden Jahren insgesamt 12 Milliarden Euro durch dieses Geschäft einzufahren. Da es mit den Menschenrechten in diesem Land nicht gut bestellt ist und sowohl der Innen- als auch der Kriegsminister der BRD Saudi-Arabien als Sicherheitsanker in der politischen Architektur des Mittleren Ostens adelten, kann man nur feststellen: Menschenrechte – Deckel drauf!

Aufgrund einer kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion „Die Linke“ gab das Kriegsministerium eine Aufstellung bekannt, nach der die Bundeswehr seit 1999 in 12 Ländern mit fast 7000 Soldaten an mehreren Operationen – sprich Kriegseinsätzen – der NATO und der EU als treuester Vasall der USA beteiligt war, oft natürlich unter dem Namen „Friedensmission“. Dafür hatte Obama ja auch 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Welch ein Hohn! Gut 17 Milliarden Euro haben die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1992 laut Aussage der Bundesregierung bis August 2013 gekostet.

Es zeigte sich im August 2012 aufs Neue, daß das Bundesverfassungsgericht als Mittel der imperialistischen Verwaltung dient. Obwohl das Grundgesetz im Artikel 87a eindeutig aussagt, daß die Bundeswehr im Inneren nicht zum Einsatz kommt, hat dies das Bundesverfassungsgericht nun aufgeweicht. Der Streitkräfteeinsatz sei in „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“ vom Grundgesetz gedeckt. Die 16 Richter sind auch der Auffassung, daß die Bundeswehr bei Terrorangriffen im Inland unter strengen Auflagen „militärische Kampfmittel“ einsetzen darf. Ohne Prophet spielen zu wollen: da kommt auf uns noch einiges zu.

Gegenwärtig wird zum Beispiel viel über die Euro-Hawk-Drohnen gesprochen. Diese Drohnen und ihre gezielten Tötungen sind ein Mittel einer neuen Art von „Krieg“. Es wird billigend in Kauf genommen, daß bei diesen Drohneinsätzen auch unbeteiligte Zivilisten ums Leben kommen. Wie sich die Bundesregierung entscheide, es gibt Vorstellungen diese Drohnen auch in Deutschland einzusetzen, hänge im Wesentlichen von der Prioritätensetzung ab und „sei letzten Endes rüstungspolitisch motiviert“. Das Projekt würde mindestens eine halbe Milliarde Euro kosten.

Diese Vorhaben, ich denke zum Beispiel an Afghanistan und Pakistan, insbesondere mit Einsätzen von den USA, sind ganz einfach moralisch, politisch und völkerrechtlich nicht legitimiert und verstoßen auch gegen die Menschenrechte.

Die obengenannte Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens im Innern fördert aber auch nationalistische Tendenzen, gibt faschistischen Elementen Auftrieb. Wir verspüren das tagtäglich und führen deshalb auch den Kampf gegen Faschismus, gegen die Anwendung faschistischer Methoden, gegen neofaschistische Organisationen und zunehmenden Antisemitismus. Deshalb ein großes Dankeschön an die beteiligten Genossen. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ rief am 10. November dieses Jahres (2013) die Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen auf, erneut einen Aufmarsch von Rechtsextremen am 13. Februar 2014 mit Blockaden zu verhindern. So wie bei meh-

rerer Kundgebungen bzw. Blockaden gegen Neonazis in der Wahlperiode, wie bei solchen Aufmärschen zum Beispiel in Berlin, Dresden, Magdeburg und in Bad Nenndorf, werden sich erneut auch Mitglieder unserer Partei beteiligen. Erneut rufen wir auch dazu auf, endlich ein Verbot der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen durch die entsprechenden Organe zu erlassen.

Gegenwärtig läuft bekanntlich der Prozeß gegen Anhänger des Nationalsozialistischen Untergrundes (Abk. NSU), einer im November 2011 öffentlich bekannt gewordenen rechtsextremen terroristischen Vereinigung in Deutschland.

Dem NSU werden unter anderem eine Mordserie in den Jahren 2000 bis 2006, das Nagelbombenattentat in Köln im Jahre 2004 und der Polizistenmord von Heilbronn im Jahre 2007 zugeordnet. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof bezeichnet sie als „rechtsextremistische Gruppierung“, deren Zweck es gewesen sei, „aus einer fremden- und staatsfeindlichen Gesinnung heraus vor allem Mitbürger ausländischer Herkunft zu töten“. Das Handeln von Sicherheitsbehörden, wie dem Verfassungsschutz, dem Amt für den Militärischen Abschirmdienst und der Polizei, führte ab Juli 2012 zu Rücktritten und Entlassungen. Nachlässigkeiten, Aktenvernichtungen, der Einsatz von V-Personen, Ermittlungsspannen und organisatorische Defizite wurden im „NSU-Ausschuß“ des Deutschen Bundestages sowie in einzelnen Bundesländern untersucht. Der Prozeßbeginn vor dem Münchener Oberlandesgericht war am 6. Mai 2013. Insiderkreise mutmaßen sogar, daß diese Gruppe zur geheimen Stay Behind-Armee gehören könnte, einer sich auch Gladio nennenden paramilitärischen Geheimorganisation der NATO, der CIA und des britischen MI 6. Diese Organisation existierte von etwa 1950 bis mindestens 1990 und arbeitete in Westeuropa, in Griechenland und der Türkei. Sie wird mit Terrorakten und Morden in mehreren europäischen Ländern in Verbindung gebracht, die meist von Rechtsextremen verübt wurden und deren Ziel es war, die Spur für ihre Taten ins linke Lager zu legen, um dann in entsprechender Weise linke Organisationen zu delegitimieren.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Eine Charaktereigenschaft des Imperialismus ist der Kapitalexport. In den letzten 20 Jahren wurden Kredite von den großen Europäischen Banken an Länder in Europa vergeben, obwohl den Banken bewußt war, daß diese nicht zurückgezahlt werden können. Das führte zu Situationen der Zahlungsunfähigkeit, wie in Griechenland und Zypern deutlich sichtbar. Weitere sogenannte Staatsbankrotte werden folgen. Die deutsche Politik sieht dabei ganz konkret ihre Aufgabe, durch europäische und deutsche Gesetzgebung dafür zu sorgen,

daß den Banken, die sich „verzockt“ haben, der Verlust aus Steuergeldern ersetzt wird. Versteckt wurde dieser Akt hinter der Losung „die finanzielle Stabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu sichern“.

Nun betraf es sogar die Staatsfinanzen der USA. Die Verschuldung der USA übertrifft die 16 Billionen-Dollar-Grenze. Nach der Schuldenkrise von 2011 und 2012 kam es erneut zur Krise. Am letzten möglichen Tag, dem 17. Oktober 2013, wurden Gesetze beschlossen, die die Zahlungsunfähigkeit der USA abwendeten. Die vorher verfügte Haushaltssperre hatte zur Folge, daß die Behörden zum Großteil lahm lagen, es ging fast nichts mehr. Erstmals seit 18 Jahren kam die öffentliche Verwaltung in den USA fast zum Erliegen; etwa eine Million Mitarbeiter wurden in den unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Wer heimlich von zu Hause aus arbeitete, riskierte seine Entlassung oder Bußgeld. Alle öffentlichen Einrichtungen, wie zum Beispiel Verwaltungen, Museen und Nationalparks, waren geschlossen. Wäre der Streit um die Finanzen am 17. Oktober nicht beigelegt worden, die Staatspleite der USA wäre perfekt gewesen.

Auch in Deutschland zeichnet sich eine weitere Verschärfung der Angriffe des Monopolkapitals auf die sozialen Rechte des Volkes ab. Durch die bei den Bundestagswahlen voraussichtlich entstehende große Koalition mit der SPD ist die Merkel-Administration in Berlin weiter entschlossen, ihren volksfeindlichen Kurs der Rettungspakete für die Banken und den weiteren Sozialabbau fortzusetzen. Dem Wahlvolk wurde erfolgreich vorgegaukelt, daß „Mutti“ Merkel das deutsche Volk sicher durch alle Krisen steuern wird. Das positivste Ergebnis dieser Wahl ist das Herausfallen der FDP aus dem deutschen Parlament.

Bei den sogenannten Koalitionsgesprächen werden die vorgesehenen Einnahmen schwer umsetzbar sein, denn die Wunschlisten aus den Wahlprogrammen summieren sich auf schlappe 50 Milliarden Euro, aber die Finanzierung steht überhaupt noch nicht. Wobei diese beim Wollen realisierbar ist, denn Vorschläge dazu gibt es genug, wie zum Beispiel die Einführung einer sogenannten „Reichensteuer“, dem Abzug der Bundeswehr aus den Brennpunkten dieser Welt, konsequente Abrüstung generell, Vermögensabgabe bzw. Vermögenssteuer und viele andere mehr.

Die bürgerlichen Parteien aber sind mit ihrer Aggressionspolitik nach Außen und der Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens im Inneren nicht mehr in der Lage und nicht willens, auch nur ein gesellschaftliches Problem im Interesse der Mehrheit der Menschen dieses Landes zu lösen. Die sozialen Errungenschaften sollen weiter abgebaut werden durch zunehmende Privatisierung von Versicherungsleistungen und Rentensystemen, durch Einführung von

Marktgesetzen auch in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit sowie Ausweitung der Arbeitszeitregelungen. Alles dient der Steigerung der Profite von Konzernen, Banken und Versicherungen. Zum Beispiel besitzt 0,5 Prozent der Bevölkerung 25 Prozent der Geldvermögen, die sich auf insgesamt über 5 Billionen Euro belaufen.

Auf der anderen Seite gibt es aber immer noch ca. 2,8 Millionen Arbeitslose (offiziell) und rund sechs Millionen Erwerbslose, vier Millionen verschuldete Haushalte, Entlassungen (zum Beispiel bei RWE fast 7000 in den nächsten drei Jahren), härteres Durchgreifen bei den acht Millionen Beziehern von Hartz IV usw.. Es nimmt also die soziale Unsicherheit der Werktätigen zu, es stehen weitere Massenentlassungen, Standortschließungen, Privatisierungen, gesteigerte Arbeitsintensität bei sinkenden Löhnen bevor. Diese neue große Koalition, ebenso wie die EU, wird erneut nichts mit Demokratie, Freiheit und Menschenrechten (ihre großen Schlagworte) zu tun haben.

Ein weiteres Beispiel: Das Bundeskabinett hat über das Betreuungsgeld für Eltern von Kleinkindern entschieden. Die neue Leistung ist ab August 2013 in Kraft getreten. Drei Ausschüsse des Bundesrates (Ausschuß für Frauen und Jugend, Ausschuß für Familien und Senioren, Finanzausschuß) haben im Dezember 2012 dem Bundesrat die Einberufung des Vermittlungsausschusses empfohlen, da das Betreuungsgeld Kinder vom Bildungsangebot der Kindertagesstätten fernhalte und überholte Rollenvorstellungen über die Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit verfestige. Das Betreuungsgeld sei nicht zuletzt unter finanz- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten verfehlt. Internationale Erfahrungen zeigten, daß entsprechende Leistungen in der Tendenz zu einem Rückgang der Erwerbsbeteiligung von Müttern und bei der Nutzung frühkindlicher Bildungs- und Betreuungseinrichtungen führen. Einer der wahren Hintergründe ist der am 1. August 2013 veröffentlichte Gesetzentwurf, daß ab diesem Tag das Recht zustehen würde, ihre Kinder in Kindertagesstätten unterzubringen. Es fehlten aber zu diesem Zeitpunkt noch 180.000 Kita-Plätze. Deshalb diese Erpressung, das Betreuungsgeld in Anspruch zu nehmen.

Ende Oktober 2013 zeigt ein von UNICEF veröffentlichter Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, daß ca. 9 Prozent der Kinder und Jugendlichen langfristige Armutserfahrungen machen. Das heißt, 1.1 Millionen leben langfristig in Armut hier in Deutschland. Mit Armut etabliert sich jedoch auch versteckter Hunger. Das zeigt eigentlich auch die Kinderfeindlichkeit in dieser BRD. Laut UNICEF wäre eine bedingungslose Kindergrundsicherung ein effektiver Weg, Kinderarmut drastisch zu verringern. Aber dazu ist ja in diesem so reichen Land kein Geld da, denn es geht den Herrschenden darum, immer

mehr Profit zu scheffeln.

Genossen! Nach wie vor wird in Deutschland vom Aufschwung der Wirtschaft geschwätzt und gefaselt. Dabei stieg das Bruttoinlandsprodukt im III. Quartal 2013 gerade mal um 0.3 Prozent, es dümpelt also vor sich hin. Im Frühjahr waren es noch 0.7 Prozent. Trotzdem werden die Herrschenden nicht müde, ihr Liedlein zu singen: „Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste seit der ‘Wiedervereinigung’ 1990“, „Deutschland steht gut da als Sozialstaat“ bzw. „Deutschland geht es so gut wie noch nie“. Ja, da stellt sich die Frage: „Für wen?“ Für eine kleine Gruppe von 10 Prozent der Reichsten der Bevölkerung, denn die besitzen 66.2 Prozent des gesamten Geldvermögens von über 5 Billionen Euro. Ein relativ guter Maßstab ist die Schuldenuhr, die per 20. Juni 2014 auf insgesamt 2 Billionen, 355 Milliarden, 653 Millionen und 155.933 Euro (2.355.653.155.933) gestiegen ist. Und da wagt man, von Obengenanntem zu reden. Des Weiteren sind: 2,8 Millionen (offiziell) arbeitslos, fast 8 Millionen von Hartz-IV betroffen; jeder 6. Bürger und jedes 6. Kind in den neuen Bundesländern ist von Armut betroffen.

Bei den gegenwärtigen Koalitionsgesprächen wird breit über einen Mindestlohn von 8,50 Euro diskutiert – aber bis August 2015 soll, besonders in den neuen Ländern, mit einer Stufenregelung ein bundesweit geltender einheitlicher Mindestlohn von 8.50 Euro festgelegt werden; also bereits in den ersten Gesprächen zeichnet sich ein umgehender Wahlbetrug ab. Hartz-IV-Klagen sollen rückläufig sein. Dabei sind allein in Berlin noch 42 000 Verfahren nicht erledigt. Die Ursachen für die Klageflut sind schlampige Hartz-IV-Gesetze und fehlerhafte Bescheide vom Amt. Allerdings erfaßte die Bundesanstalt für Arbeit 100 Job-Center nicht. So kann ich auch die Bilanz schönen. Bis Jahresmitte gab es 272.900 neue Widersprüche und über 55.700 neue Klagen. Darin zeigen sich eine kriminelle Politik und systembedingte bewußte politische und gesetzliche Entscheidungen zu Lasten der Armen dieses Landes.

Diese wenigen Beispiele, man müßte noch viel mehr nennen, sollen genügen, um zu formulieren: Sie schwindeln und lügen, wenn sie den Mund aufmachen. Dazu kommen Vetternwirtschaft, Betrügereien und zum Beispiel solche eklatanten Fehler in der Wirtschaft wie BER, Stuttgart 21 und Mainz. Für den Flughafen wurden erst 1.4 Milliarden Euro geplant, jetzt wird bereits von 5.1 Milliarden Euro ausgegangen; bei Stuttgart 21 wurden die Kosten mit 4.1 Milliarden angegeben, während Presseberichte bereits von 6.8 Milliarden € ausgehen,; in Mainz kam es Anfang August 2013 zu einem Chaos bei der Deutschen Bahn. Über 14 Tage lang kam es zu Zugausfällen im Fern- und Nahverkehr. Hauptproblem ist die totale Überlastung der Mitarbeiter. Insgesamt haben

sich mittlerweile 8 Millionen Überstunden und 9 Millionen Stunden unausgeglichenen Urlaubs angehäuften; dazu kommen aber, um nur noch ein Beispiel zu nennen, zig-fache Menschenrechtsverletzungen bei der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens, bei Bildung, Gesundheit, Arbeitsverhältnissen und der Ernährung. An dieser Stelle eine Aussage von Kurt Tucholsky, die heute wohl weltweit zutreffend ist: „In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viele gefährlicher, als der, der den Schmutz macht.“

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Zentralorgan einer Partei und ihr Zustand ist in vielerlei Hinsicht ein Spiegel der Partei und deren Zustandes. Das gilt auch für „Die Rote Fahne“. Insofern sind viele Faktoren zu nennen, die die Parteiarbeit und ihre Außenwirkung beeinflussen, auch Kräfte, die auf unsere Zeitung, also auf ihr Erscheinungsbild sowie auf ihre Inhalte und Themen einwirken. Die Redaktionsarbeit erfolgt ehrenamtlich, kein Redaktionsmitglied ist ausgebildeter Publizist oder Journalist. Diejenigen, die die Hauptlast als Autoren und Redakteure tragen, stecken zum Teil noch im Arbeitsprozeß. Diese Tatsache sollte den Verantwortlichen auch nicht noch als mangelnde Einsatzbereitschaft angelastet werden.

Die Erwartungen und die Erwartungshaltungen der Leserinnen und Leser sind zu Recht groß. Auch an Kritik wird nicht gespart – dennoch nutzen die Gliederungen der Partei (Landes- und Regionalorganisationen) die Möglichkeit zu selten, „Die Rote Fahne“ zu ihrem Sprachrohr zu machen und regelmäßig aus dem Parteileben zu berichten. Die Eigeninitiative fehlt noch zu oft – das, was in der Zeitung oft vermißt wird, wird aber von denjenigen auch nicht eingebracht, die diese Lücken beklagen und kritisieren. Dabei sind nur sie es, die die Lücken schließen können.

Hier zeigt sich eine weitere Schwierigkeit. Ein Zentralorgan kann sich und darf sich nicht darauf fokussieren, nur regionale Parteiberichte zu verfassen und sich darauf beschränken, Erinnerungsarbeit zu leisten – über Gedenkveranstaltungen berichten, das gehört dazu, kann aber nicht alles sein.

Die Redaktion bemüht sich seit einiger Zeit, möglichst aktuelle Themen von überregionalem, grundsätzlichem politischem Interesse zu bringen und damit auch ihren Beitrag zur politischen Bildungsarbeit mit Blick auf aktuelle Themen nachzukommen (Stichworte: Euro-Krise, NSA-Spitzelaffäre). Wenn wir unsere Zeitung als Zentralorgan der Partei ernstlich wahrnehmen wollen, dann ist diese thematische Öffnung unverzichtbar – und stößt dennoch gelegentlich auf Kritik, weil die Mitglieder ihre Arbeit vor Ort nicht angemessen dargestellt finden. Dazu fehlen aber, wie gesagt, die regionalen Beiträge, die natürlich – und das gebietet die Qualität – einem gewissen Standard entsprechen müs-

sen und sollten. Hier ein stabiles Gleichgewicht zu finden, ist außerordentlich schwer. Es zu erreichen, bleibt unser Ziel.

„Die Rote Fahne“ kämpft, wie alle Printmedien (angefangen bei der „FAZ“ bis hin zur „jungen Welt“) mit einbrechenden Verkaufszahlen. Die elektronischen Medien sind schneller, aktueller und billiger. Printmedien erreichen die junge Generation so gut wie gar nicht mehr. Wir haben erste Schritte unternommen und angedacht, uns stärker mit unseren Internetauftritten zu vernetzen. Dies erfordert Zeit und das Sammeln von Erfahrung. In diesem Lernprozeß stecken wir. Auch hier gilt, was vielfach gerne vergessen wird: Wir brauchen immer auch die Genossen, die Texte schreiben, bearbeiten und in angemessener Sprache zum Ausdruck bringen können. Aber die „Kaderdecke“ ist dünn – wie sie auch dünn ist in der Partei insgesamt. Das zu leugnen wäre Wirklichkeitsverweigerung. Es gibt nur noch relativ wenige linke Medien und Zeitungen. Wir sind darum der Auffassung, daß es wenig sinnvoll ist, regelmäßig solche Texte zu übernehmen, die schon an anderer Stelle erschienen sind. Unsere Leser nehmen auch diese anderen Medien wahr – und Doppelungen werden ausgelegt nach dem Motto: „Habt ihr nichts Eigenes zu sagen?“. – Dieser Vorwurf ist berechtigt, zumal – und auch das ist eine Tatsache – die Positionen der KPD in fast allen anderen Zeitungen und Publikationen ignoriert werden. Wir unternehmen Anstrengungen, die Gesprächskontakte zu anderen Publikationsorganen zu verbessern. Auch dies erfordert Zeit und Anstrengung – denn so, wie auch die KPD regelmäßig ins Abseits geschoben wird, geht es auch unserer Zeitung.

Das Anwerben kompetenter externer Autoren wurde angegangen und ist zum Teil bereits erfolgreich angestoßen – bleibt aber verbesserungswürdig. Dazu braucht der Chefredakteur der DRF ein entsprechendes Mandat.

Selbstverpflichtungen konnten wir nicht in jedem Fall erfüllen: Die regelmäßige Schwerpunktseite zum Thema des Bundesweiten Treffens aus dem Juni 2012 hat sich nicht verstetigen können, aber mit Gastautoren wie Gen. Hillebrenner und Gen. Triller hat die Zeitung an Qualität gewonnen. Gleichermassen ist aber eine Jugendseite ein noch offenes Problem.

Bis zum Frühjahr 2013 haben sich die Redaktionsmitglieder regelmäßig monatlich getroffen, um über anstehende Probleme und den Inhalt der Zeitung zu beraten. Dann kam es zu Unregelmäßigkeiten, da der Chefredakteur gesundheitliche Probleme hatte und ein Redaktionsmitglied die Meinung vertrat, Verständigungen der Redakteure über das Internet seien ausreichend. Aber mehr und mehr zeigte sich, daß die monatliche Redaktionssitzung unerlässlich ist, zumal nicht alle Redaktionsmitglieder elektronisch erreichbar sind.

Das ist – über die Redaktionssitzungen hinaus – ein zunehmendes Problem, denn der Aktualitätsdruck, der nun einmal besteht, macht die Kommunikation mit den Redaktionsmitgliedern, die technisch nicht angebunden sind, sehr umständlich. Schnelle Reaktionen sind kaum möglich.

Dringend geboten ist es auch, die Herstellung der Druckvorlage zu optimieren. Dazu wird eine neue Software eingeführt, die von verschiedenen Redakteuren bedient werden kann und so größere Sicherheit schafft. Das immer noch praktizierte Abschreiben von Texten ist eine neue Fehlerquelle, die mehrfach unangenehm aufgefallen ist, die die Arbeit erschwert und dabei doch leicht abzuschalten wäre. Wir sind optimistisch, daß dies nun gelingt.

Es wäre zu überlegen, ob für die Redaktionsmitglieder etwas Zeit bei ZK – und Sekretariatssitzungen abgezweigt werden kann, da sie ja aus verschiedenen Städten angereist kommen. Das wäre effektiver für die künftigen Redaktionsmitglieder (Zeit und Geld).

Unsere Aufgabe wird es auch in Zukunft sein, eine aktuelle, interessante Zeitung zu gestalten, die das Interesse der Leser weckt und ihre Erwartungen erfüllt. Nach wie vor soll die Zeitung pünktlich an jedem Monatsanfang bei den Lesern sein. Das kann weiterhin gelingen, wenn wir uns auf die veränderten Bedingungen einstellen. Dabei sollte man auch den Genossen danken, die für den Versand der Zeitung die Verantwortung haben.

Unabhängig davon brauchen wir, wie bereits ausgeführt, eine Stärkung unseres Profils, um die Positionen unserer Partei auch überzeugend in die Öffentlichkeit tragen zu können. Die oftmals kritisierten Erklärungen des ZK und Stellungnahmen zu wichtigen Themen (Stalin, Machtübertragung an die Faschisten, Syrienkonflikt), die nach Auffassung Mancher zu breiten Raum einnehmen, sind dafür Beispiele, die gelungen, allen Kritikern zum Trotz unverzichtbar und wichtig waren. Wo sollten diese Erklärungen, wo sollten die Kommuniqués der Partei erscheinen, wenn nicht in der „Roten Fahne“ bzw. im Internet?

Trotz der aufgezeigten Probleme ist es einfach unerlässlich, dem Redaktionskollektiv für das fast regelmäßige Erscheinen unserer Zeitung zum jeweiligen Monatsanfang ein Dankeschön auszusprechen.

Seit 2011 vertritt Genossin Harnack die KPD im Bundesvorstand des Fördervereines „RotFuchs“. Sie hat regelmäßig an den Vorstandssitzungen teilgenommen und sich in der Regionalorganisation Halle mit eingebracht.

Ihr Bestreben war es stets, die Interessen der KPD zu vertreten und auf die Gemeinsamkeiten von DKP, KPD und „RotFuchs“ hinzuweisen. Anlässlich der Wahlversammlung am 19. Oktober 2013 wurde Genossin Harnack wieder in den

Vorstand gewählt. Wir wünschen ihr auch zukünftig viel Erfolg bei der weiteren Entwicklung einer doch so notwendigen, gemeinsamen Zusammenarbeit.

Genossen!

Zwei Beschlüsse des 27. Parteitages standen in ihrer Umsetzung auch im Fokus der Arbeit der Partei sowie in der LO Berlin:

1. Die KPD ruft zu einem bundesweiten Treffen von Kommunisten am 9. Juni 2012 in Berlin auf.
2. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, nach Prüfung der Anforderungen über die Teilnahme der KPD an der Bundestagswahl 2013 zu entscheiden.

Nachdem 2008 und 2010 zwei Konferenzen für Aktionseinheit durch die KPD in einem breiten Rahmen linker Organisationen und Persönlichkeiten gegen Faschismus, Krieg und Sozialraub durchgeführt wurden mit dem Ziel, antifaschistisch-demokratische Kräfte in ihrer Aktion zu bündeln und eine antifaschistisch/antiimperialistisch-demokratische Front aufzubauen, kam es uns darauf an, in Übereinstimmung mit den zunehmenden Forderungen vieler Kommunisten, Marxisten-Leninisten in linken Parteien und Organisationen, ihre Zusammenarbeit und ihr vereintes Handeln in einem längeren Prozeß zu entwickeln mit dem Ziel, ihre organisatorische Zersplitterung zu überwinden und eine geeinte kommunistische Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu erreichen. Sie wäre als Kern einer antifaschistisch-antiimperialistisch-demokratischen Front unerlässlich.

Wir können einschätzen, daß wir hieran in der Wahlberichtsperiode zielstrebig gearbeitet haben und auf der Grundlage der 6 Punkte marxistisch-leninistischer Grundauffassungen zumindest mit einigen kommunistischen Gruppierungen erste Schritte gegangen sind. Zur Auftaktveranstaltung am 9. Juni 2012 waren im überfüllten Münzenbergsaal am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin 133 Teilnehmer aus 13 Organisationen, darunter 3 kommunistischen aus den alten Bundesländern sowie ein Reihe von Mitgliedern aus der DKP und Partei Die Linke, offensichtlich mit großen Erwartungen, der Einladung der KPD gefolgt. Leider war es nicht gelungen, die DKP-Führung zur Teilnahme zu bewegen. Unabhängig hiervon gab es von allen Teilnehmern volle Zustimmung und Unterstützung für die Initiative der KPD und das Anliegen des Treffens sowie in Auswertung positive Resonanz. Dem Treffen schlossen sich an:

- ein Nachfolgetreffen in Leipzig am 13. Oktober 2012, auf dem weitere inhaltliche und organisatorische Maßnahmen, darunter die Bildung eines

Koordinierungszentrums, für die weitere Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien und Gruppen beschlossen wurde,

- ein Kolloquium am 9. März 2013, zu dem das Koordinierungszentrum Vorbereitungen traf und eingeladen hatte mit Thema: „Aktuelle Aufgaben der deutschen Kommunisten im Kampf gegen Neofaschismus, Militarismus und Krieg“, - ein Seminar am 22. Juni 2013 des Koordinierungszentrums zum Thema „Flagge zeigen im Wahlkampf 2013/14“,
- ein Seminar vom 4. - 6. Oktober 2013, veranstaltet von der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands/-Arbeit-Zukunft zum Thema „Revisionismus“.

Alle diese Veranstaltungen dienten dazu, Standpunkte auszuloten und weitere maximale Gemeinsamkeiten zu erreichen. Dabei zeigte sich, daß zu den Punkten 1-4 unserer marxistisch-leninistischen Grundauffassungen keine Probleme bestanden, aber zu den Punkten 5 und 6, Rolle der DDR und Revisionismus, seine Auswirkungen und Erscheinungsformen, speziell in der DDR, weiter politisch-ideologische Abklärungen erforderlich sind. Am meisten Kooperationsbereitschaft besteht von den Genossen von KAD, RFB und Arbeit-Zukunft. Auch die KI Gera 2010 brachte sich mit verschiedenen Initiativen für gemeinsames Handeln ein. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß nichts überstürzt erreicht werden kann, aber daß wir schrittweise weiter voran kommen. Wir werden in unseren Aktivitäten nicht nachlassen, denn: Ohne die Herstellung der Einheit der Kommunisten und ihre Zusammenführung in einer geeinten Kommunistischen Partei auf dem Boden der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus kein erfolgreicher Kampf in Richtung Sozialismus! Parallel hierzu gilt es, weiter an der Schaffung bzw. Aktivierung antifaschistisch-/antiimperialistisch-demokratischer Bündnisgremien zu arbeiten. Das heißt, in allen regionalen Gebieten, wo wir vertreten sind, die gebündelten Kräfte zu Protestveranstaltungen und zu gemeinsamen Aktionen auf die Straße zu führen.

Im „Antifaschistischen Komitee gegen Krieg und Sozialraub“ in Berlin, gebildet im Ergebnis der Konferenz für Aktionseinheit 2010, arbeiten die Vorsitzenden bzw. Vertreter von 10 Organisationen zusammen, die auch im Berichtszeitraum durch gemeinsame Aufrufe, Veranstaltungen und Aktionen auf der Straße sowie durch Solidaritätsbeweise Gesicht zeigten. So zum Beispiel:

- durch den „Gemeinsamen Aufruf“ am 8. Mai 2012 und 2013 mit der Forderung, den 8. Mai als offiziellen Tag der Befreiung des deutschen

Volkes vom Faschismus zu würdigen,

- die gemeinsame Unterstützung der Veranstaltung am Vorabend des 8. Mai “Rote Lieder gegen braunen Mob“ und der jährlichen Preisverleihung des BÜSGM für Solidarität und Menschenwürde,
- durch die gemeinsamen Ehrungen zum Jahrestag der Ermordung von Dr. Richard Sorge sowie zum 120. Geburtstag und 40. Todestag von Walter Ulbricht,
- durch gemeinsame Solidaritätsbeweise mit dem Besuch der tapferen Seniorinnen und Senioren in Berlin, die über 100 Tage durchgehend ihre Begegnungsstätte besetzt hielten, um die Schließung zu verhindern, deren Kampf nationale und internationale Anerkennung fand und letztlich zum Erfolg führte,
- durch gemeinsames Auftreten als Antifa-Komitee auf dem Potsdamer Platz im Rahmen eines Anti-Kriegsmarktes am 1. September 2013, dem Weltfriedenstag.

Die im Antifa-Komitee vertretenen Parteien und Organisationen unterstützten uns, unabhängig von gemeinsamen Aufrufen für die Linkspartei durch vier Organisationen in unserem Wahlkampf zur Bundestagswahl, in dem sie uns Zugang zur Einholung von Unterstützungsunterschriften in ihren Organisationen öffneten. Genossen! Der Parteitagsbeschuß vom November 2011 führte auf der Grundlage der realen Situation in der Partei nach längeren und mehrmaligen zentralen Beratungen letztlich zu der Entscheidung der LO Berlin, zur Bundestagswahl anzutreten. Dabei gingen wir von der besonderen Bedeutung aus, in Berlin – im Zentrum der Macht – als Kommunisten Gesicht zu zeigen und die Wahlvorbereitungen für eine breite Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen, mit unserem Wahlprogramm Alternativen gegen Kriegspolitik und Sozialraub, für Frieden und Sozialismus aufzuzeigen und die herrschende Politik als menschenfeindlich zu entlarven. Die Entscheidung, als KPD anzutreten war um so notwendiger, nachdem die DKP im Mai 2012 erklärte, zur Bundestagswahl auf Grund ihres 20. Parteitages und ihrer Folgeberatung nicht anzutreten, da der Zeitraum für die Vorbereitungen einschließlich für die Einholung der Unterstützungsunterschriften zu eng wäre (wie gesagt, verkündet im Mai 2012, wir haben erst im Januar/Februar 2013 begonnen). Daß die Kommunisten in Berlin in Vorbereitung zu den Wahlen Gesicht zeigen müssen, war auch um so notwendiger, da die Partei „Die Linke“ erheblichen Vertrauensverlust durch

ihre opportunistische Paktierpolitik mit der SPD im Senat gegenüber breiten Bevölkerungskreisen verzeichnete. Als Kommunisten hatten wir von vornherein keinerlei Illusionen entsprechend der realen gesellschaftlichen Verhältnisse und der Manipulation breiter Schichten der Bevölkerung über mögliche prozentuale Ergebnisse, die ja bekanntlich für Kommunisten immer noch bei 0,2 - 0,3 Prozent liegen. Es ging darum, sich nicht zu verstecken, sondern die Gelegenheit und Möglichkeiten der Wahlvorbereitungen für eine breite Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.

Durch die Genossen der LO Berlin waren außerordentliche Anstrengungen erforderlich, die ihnen viel abverlangten. Wöchentlich wurden an mehreren Tagen Info-Stände, insgesamt über 80, in verschiedenen Stadtteilen – ob in eisiger Kälte oder dann in Hitze – und auch bei Veranstaltungen durchgeführt. Bei über 4000 Gesprächen und Verteilung von rd. 3.500 Broschüren mit den Wahlorientierungen sowie von Flugblättern wurde die Politik der KPD erläutert. Wie die Genossen der LO einschätzten, möchte keiner der eingesetzten Genossen auf die gewonnenen Erfahrungen und positiven Erlebnisse verzichten, die auch aufbauend für sie selbst wirkten. Mancher, der noch nicht lange in der KPD war, ist über sich selbst hinaus gewachsen, hat sich politisch-ideologisch im Verteidigen unserer Argumente gefestigt und nicht zuletzt wurde auch das Zusammengehörigkeitsgefühl sowie die kameradschaftliche Zusammenarbeit gefördert.

Gern hätten die Genossen die letzte Etappe mit Wahlplakaten und der Präsentation der KPD mit unseren Argumenten gegenüber den Medien noch wahrgenommen, aber die Anzahl der Unterstützungsunterschriften reichte nicht ganz aus. Uns fehlten rund 3 Monate, die wir durch die späte Entscheidungsfindung verloren hatten und auch der Ausfall einer Einsatzgruppe infolge von angewiesenen Weiterbildungsmaßnahmen bei Hartz IV und längere Krankheitsfälle wirkten sich aus. Das Nichtfestlegen von Direktkandidaten in den einzelnen Stadtbezirken hatte ebenfalls Auswirkungen, denn dafür wären nur 200 Unterstützerunterschriften notwendig gewesen.

Wir schätzen ein, die Genossen haben trotzdem wahrlich gekämpft, allen herzlichen Dank. Der Einsatz war nicht umsonst, er hat sich trotzdem gelohnt, neue Kämpfer und Sympathisanten für die KPD konnten gewonnen werden. So hatte insgesamt die LO in der Wahlberichtsperiode einen Zugang von 4 Mitgliedern und 4 Kandidaten.

Noch ein Wort zu den Bundestagswahlen 2013. Bekanntlich sind diese mit einem doch großen Sieg für die CDU ausgegangen. Die Ergebnisse sind bekannt. Ich möchte dennoch darauf aufmerksam machen, daß von den fast 62

Millionen Wahlberechtigten nur 43,7 Millionen mit gültigen Stimmen gewählt haben. Und zwar für die CDU/CSU 14,9 Millionen und für die CSU fast 3,3 Millionen. Das bedeutet, daß von den fast 62 Millionen Wahlberechtigten nur 18,2 Millionen CDU/CSU gewählt haben. Das sind nicht einmal ein Drittel der wahlberechtigten Bürger.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen waren es für die Union 41,5 Prozent. So weit zu dem großartigen, überwältigenden Wahlerfolg für Mutti und ihre Konsorten. Nun fehlt ihr aber ein Partner, wie die FDP, die blamabel, aber folgerichtig betreffs ihrer Politik aus dem Bundestag gefegt wurde. Deshalb läuft alles auf eine große Koalition hinaus. Was man erneut von den Versprechen der SPD, aber auch der Grünen, halten kann (ich erinnere „an den Sturz der Regierungskoalition“ und vieles andere mehr), zeigen die bisherigen Gespräche.

Wir werden sehen, was dann im Koalitionspapier enthalten sein wird, aber es wird für die Menschen insgesamt nichts Gutes sein. Die Mehrzahl der Wähler hat also konservativ gewählt, damit das Mandat der Reaktion für einen weiteren Rechtsruck erteilt. Dem hatten die Kommunisten nichts entgegenzusetzen, und damit wurden wir unserer großen Verantwortung, angesichts des Vormachtstrebens des deutschen Imperialismus, nicht gerecht. Längst sind die Wahlplakate entfernt, die Politiker mit ihren Werbesprüchen mit ihnen herabgestiegen, da hören wir recht seltsame Dinge. Erstaunlich ist es schon, was der Wähler so alles gewollt haben soll:

- die CDU sollte da nicht die absolute Mehrheit bekommen,
- die SPD sollte nicht so stark werden, aber fähig für eine Koalition mit der CDU,
- die FDP sollte raus aus dem Bundestag,
- die AfD nicht rein und
- die Linke drittgrößte politische Macht im Land werden.

Dem Wähler wird suggeriert, daß er das alles so haben wollte.

Hinter verschlossenen Türen wollen die „Verhändler“ nicht ihr Gesicht verlieren. Hier und da ein bißchen weg. Dann wird alles in einen Koalitionsvertrag gegossen. Daß daraus vieles nicht umgesetzt wird, wie die Angleichung der Ost an die Westrenten, gehört zum politischen Geschäft nach den Wahlen. Wenn diese „Schlaumeier“ doch einmal auf die Mehrheit der Menschen hören würden,

würde manches anders aussehen. Wen interessiert da schon, daß die Mehrheit keine Auslandseinsätze der Bundeswehr will oder gegen die Rente mit 67 ist?

Es ist kein Geheimnis, daß die Partei „Die Linke“ immer deutlicher ihren rein sozialdemokratischen Charakter zum Vorschein bringt. Nach der Wahlschlappe zur Bundestagswahl 2013, mit einem Verlust von über 3 Prozent = 1.4 Millionen Stimmen und 12 Direktmandaten gegenüber der Bundestagswahl 2009, jubelte Gregor Gysi über das beste Ergebnis, weil „Die Linke“ drittstärkste Partei wurde. Sehr deutlich wurde ihr sozialdemokratisches Profil, als unmittelbar nach der Wahl die beiden Führungspersonen Gysi und Wagenknecht „Ausschließeritis“ bei der SPD und den Grünen bemängelten. Daran sieht man klar ihr Ziel: Beteiligung an der Regierung und damit der Wunsch, den Kapitalismus menschlicher zu machen. Jeder Kommunist weiß, daß das so nicht möglich ist.

Nun kommt mit 2014 ein neues „Superwahljahr“ auf uns zu. Am 25. Mai wird das Europaparlament gewählt. Die KPD tritt dazu nicht mit eigenen Kandidaten an. Unsere Position ist im „Standpunkt der KPD zu dieser Wahl“ eindeutig: Nein zu EU und Nein zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands. Gleichzeitig finden im Frühjahr 2014 unter anderem in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Kommunalwahlen statt. Hier sollte sich die KPD mit einer Liste bzw. mit Einzelkandidaten beteiligen.

Im Herbst erfolgen die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Hier treten unsere Genossen aus Thüringen an. Auch in den zwei anderen Ländern sollten Überlegungen angestellt werden, wenn schon nicht mit einer Landesliste, zumindest mit Direktkandidaten anzutreten. Dabei gilt es, die Lage jeweils exakt zu analysieren, das Kräfteverhältnis zu beurteilen und die eigenen Mittel und Möglichkeiten einzusetzen.

Ziel ist es, daß die KPD als Wahlalternative besser zum Zuge kommt, um so die politische Wirkung auf die Motivation von potentiellen KPD-Wählern weiter zu erhöhen.

Genossinnen und Genossen!

Was die Internationale Arbeit betrifft, ist es uns nicht gelungen, einen konkreten Durchbruch zu erzielen. Im Mittelpunkt steht unsere Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeit Koreas, mit den Genossen der Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea.

In der DVRK ist eine weitere Verschärfung der Konfrontation durch den Imperialismus, mit den USA und Südkorea an der Spitze, zu verzeichnen, wie auch der Mißbrauch des UN-Sicherheitsrates durch Verabschiedung der Reso-

lutionen 2087 und 2094 im Jahr 2013, die aber gegen die UN-Charta verstoßen.

Unsere Unterstützung und unser solidarischer Beistand wird durch das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Koreas hoch eingeschätzt, wie das der Botschafter der DVRK in Deutschland, Genosse Ri Si Hong, unseren Genossen bei seinen Besuchen im Zentralkomitee immer wieder hervorhebt. Auch bei seinem letzten Besuch am 28. September dieses Jahres, machte er erneut deutlich: „Die westlichen Medien zeichnen ein verzerrtes Bild der DVRK im Dienste der politischen Propaganda, die den Boden bereiten soll für die Rechtfertigung imperialistischer Aggressionen“. Ein besonderes Augenmerk im Gespräch mit dem Botschafter galt neben dem Verhältnis der DVRK zu Südkorea und dessen konservativ-reaktionärer Haltung der immer wieder aufgeworfenen „Menschenrechtsfrage“. „Die USA, die trotz eigener nachgewiesener Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen nach wie vor nicht nur propagandistisch gegen die DVRK agitieren, sondern auch mit Provokationen und Drohszenarien vorgehen, sind in ihrer Politik unglaublich. Dies beweisen auch die Maßnahmen der USA gegen die Staaten im Nahen Osten“. Der Genosse Botschafter erläuterte, „daß vor diesem Hintergrund nur ein verteidigungsbereites Land wie die DVRK eine Chance habe, seine Errungenschaften bei der weiteren Entwicklung seiner sozialistischen Gesellschaft gegen die Aggression der imperialistischen Staaten zu schützen“.

Wir versichern unserer Bruderpartei von unserem Parteitag aus erneut uneingeschränkt unsere feste, unerschütterliche Solidarität mit dem Volk der DVRK und stehen für immer fest an ihrer Seite.

Der Vorsitzende der Internationalen Kommission unserer Partei nutzte in der vergangenen Wahlperiode seine Kontakte, um Gespräche mit Genossen der Französischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Belgiens, der Neuen Kommunistischen Partei Großbritanniens, der KKE Griechenlands und der Japanischen Kommunistischen Partei, teilweise im jeweiligen Zentralkomitee, zu führen. Dabei wurde oft betont, daß bereits Beziehungen zu einer deutschen Kommunistischen Partei bzw. der Partei „Die Linke“ bestehen und wir erst einmal Klarheit im eigenen Land schaffen sollten, was die Beziehungen von Kommunisten untereinander betrifft. Wie kompliziert diese Problematik ist, zeigt der Stand der Beziehungen zur DKP, zur Partei „Die Linke“ und zur kommunistischen Plattform generell.

Weiterhin nutzte der Vorsitzende der Kommission die Möglichkeit, anlässlich des 70. Jahrestages der Kämpfe um Stalingrad, die Soldaten, Offiziere und Generäle der Roten Armee, die dort ihr Leben gaben, im Auftrag unserer Partei mit einem Kranz zu ehren. Des Weiteren ehrte er die in Hiroshima durch den

ersten Atombombenabwurf der USA 1945 ums Leben gekommenen Menschen.

Ausgehend von den nun schon jahrelangen vergeblichen Bemühungen von Seiten des Sekretariats des ZK, mit der Kommunistischen Partei Tschechiens in Verbindung zu treten, hat die LO Sachsen nach Möglichkeiten gesucht, Kontakte zu tschechischen Kommunisten, Sozialisten, Antifaschisten und Gleichgesinnten zu suchen und aufzunehmen. Erste Anknüpfungspunkte ergaben sich über den Genossen Bernd Uhl mit dem Grenzerverein im westlichen Tschechien. Leider kamen diese bis auf persönliche Kontakte nicht zu größerem Erfolg.

Durch die aktive Mitarbeit sächsischer Genossen der KPD im Revolutionären Freundschaftsbund und in der Arbeitsgruppe „Dreiländereck“, „Die Linke.“ Zittau konnten Kontakte zu tschechischen Kommunisten und Antifaschisten, vertreten im „Patriotischen Verein Semily“ und in der KSCM Trutnov hergestellt werden. Ausdruck der Zusammenarbeit sind gemeinsame Handlungen, wie zum Beispiel Gedenken in Benezko im Riesengebirge an tschechische und deutsche Antifaschisten, die in der Zeit des deutschen Faschismus ihr Leben für eine bessere Zeit gaben; den Treffen von polnischen, tschechischen und deutschen Kommunisten und Antifaschisten in Mala Upa, wo Genosse Jürg Hebestreit in diesem Jahr die Eröffnungsansprache hielt; die gemeinsame Teilnahme an Demonstrationen gegen Faschismus in Berlin und in Dresden gegen Aufmärsche der Neofaschisten. Bei einem gemeinsamen Besuch des Militärhistorischen Museums in Dresden fand die Aufklärung über die Versuche, die Nationale Volksarmee der DDR zu diskreditieren, große Beachtung. Übereinstimmung besteht auch darin, daß diese Zusammenarbeit weiterhin fortgesetzt und gewünscht wird, weil sie beiden Seiten hilft, die Kräfte zu aktivieren im gemeinsamen Kampf gegen die gleichen Feinde.

Insgesamt ist jedoch einzuschätzen, daß wir auf diesem Gebiet ungenügend vorangekommen sind. Das ist zurzeit einer unserer Schwachpunkte. Konsequente Schlußfolgerungen dazu sind unerläßlich. Wir werden von diesem Parteitag erneut Grußschreiben an Bruderparteien richten, mit den besten Wünschen zum Jahreswechsel. Die neue Kommission für Internationale Arbeit wird verpflichtet, die festgelegten Kontakte aufrecht zu erhalten bzw. neu herzustellen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Seit dem 27. Parteitag wurde die Internetarbeit der KPD intensiviert. Erstmals nahm eine Arbeitsgruppe Internet ihre Tätigkeit auf, um Fragen der zukünftigen Internetarbeit zu erörtern. Bisher kamen zwei Arbeitstreffen zustande. Häufigere Treffen wären günstiger gewesen. Das ist aufgrund der räumlichen Distanz aber nicht immer leicht zu realisieren. Eine Zusammenarbeit über

die Treffen hinaus erfolgte über moderne Kommunikationswege. Die insgesamt dabei eingebrachten Vorschläge und gewonnenen Erkenntnisse hatten Einfluß auf das Hauptprojekt der Internetarbeit: die Neugestaltung der Homepage der KPD.

Nach fast einjähriger Entwicklungszeit – Vorbereitung und Beratungen eingeschlossen – steht seit Anfang Oktober 2013 ein neuer Internetauftritt unserer Partei mit modernen Standards und Möglichkeiten zur Verfügung. So kann die Verwaltung von Artikeln auf unserer Homepage jetzt von mehreren redaktionellen Mitarbeitern betreut werden und fällt damit nicht mehr zwingend in den Aufgabenbereich des Webmasters. Benötigte man bisher Spezialkenntnisse zur Gestaltung von Internetseiten, um Artikel auf dieser zu veröffentlichen, geschieht das nun über leicht zu bedienende Werkzeuge. Diese neue Möglichkeit der Aufgabenteilung wird sich auch positiv auf die Präsentation der Landesorganisationen im Internet auswirken. Jeder einzelnen LO steht nun ein eigener Bereich für Veröffentlichungen zur Verfügung. Auf Wunsch können die einzelnen Länder auch eigene Internetauftritte realisieren, sofern die technischen Voraussetzungen und Kenntnisse vorhanden sind. Die LO Berlin und Sachsen-Anhalt gehen diesen Weg erfolgreich.

Ziel dieser Modernisierungen ist es, die öffentliche Wahrnehmung, die Bekanntheit unserer Partei im Massenmedium Internet weiter zu steigern sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und auch dort unsere Weltanschauung zu vertreten.

Der neue Internetauftritt der KPD soll es Interessierten unter anderem ermöglichen:

- leichter über die externen Suchfunktionen des Internets zur Internetseite zu finden,
- durch die chronologisch und nach Themen sortierten Artikel und der auf unserer Internetseite integrierten Navigations- und Suchfunktion schneller zu den gewünschten Informationen zu gelangen,
- sich mittels Newsticker (RSS-Feeds) über neu auf der Homepage erscheinene Artikel zu informieren.

Die im Zuge dieser Neugestaltung erfolgte Integration unseres Zentralorgans „Die Rote Fahne“ in die neue Internetseite der KPD ist ebenfalls als Verbesserung zu sehen, da nun alles „unter einem Dach“ ist. Unter 5 Internetadressen kann die neue KPD-Homepage abgerufen werden.

Im Verlaufe des Oktober 2013 – nach Bereitstellung der neuen Internetseite – konnte eine ständig steigende Anzahl von Zugriffen registriert werden. Insgesamt waren es über 9.300 Zugriffe, wobei jedoch angemerkt werden muß, daß davon nur ca. 3.900 Zugriffe von regulären Nutzern stammen und der Rest größtenteils von Suchmaschinen-Programmen, die automatisch das Internet durchstöbern, um die Inhalte von Internetseiten für Suchmaschinen auffindbar zu machen. Tatsächlich erfolgen mehr als 90% der Zugriffe auf unsere Internetseite über Suchmaschinen, doch auch über Facebook und Wikipedia finden Interessierte zu uns. Zum jetzigen Zeitpunkt können noch keine genaueren Aussagen getroffen werden, dafür ist seit der Veröffentlichung der neuen Internetseite zu wenig Zeit vergangen. Die Entwicklung der Besucherzahlen wird aber weiterhin beobachtet und ausgewertet.

Seit unserem letzten Parteitag ist Genosse Axel Schmidt im Zentralkomitee für die Themen Wirtschaft und Soziales sowie für die monatlichen Agrar-Informationen in unserem Zentralorgan „Die Rote Fahne“ verantwortlich und leistet eine verantwortungsbewußte Arbeit.

Die damalige Wirtschaftskommission legte vor längerer Zeit ein Informationsmaterial zu den „Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der KPD“ vor, das vom Zentralkomitee bestätigt wurde und für die Argumentation und Information für Veranstaltungen und Infostände diente.

Das ZK beschloß, ein erweitertes Dokument zu den „Grundpositionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der KPD“ zu erarbeiten. Dieses Dokument entstand in Auswertung des Dokumentes „Agenda Sozial“ der Partei „Die Linke“, einer Vielzahl von Veröffentlichungen der Gewerkschaften, der sozialen Protestbewegung, Sozialverbänden und Arbeitslosenorganisationen. Veröffentlichungen von Autoren, wie Klaus Blessing, Harry Nick und Jörg Roesler, fanden vor allem bei der Auswertung statistischen Materials Verwendung. Auch Erhebungen der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung wurden herangezogen. In der erweiterten ZK-Tagung im Mai 2013 wurde festgelegt, nach dem Studium des Materials durch die ZK-Mitglieder eine Endfassung des Dokumentes auszuarbeiten. Jetzt liegt ein Dokument vor, das in den Landesorganisationen breit zu diskutieren ist, um bis Mai 2014 eine beschlußfähige Vorlage zu besitzen, die einige Zeit Bestand hat. Uns ist dabei bewußt, daß in bestimmten Zeitabständen Überarbeitungen und Aktualisierungen notwendig sein werden. Die Grundaussage dieses Dokumentes ist unser aus dem Parteiprogramm abgeleitetes Ziel, alles dafür zu tun, eine sozialistische/kommunistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Genossen! Auf unserem 27. Parteitag im November 2011 konnte berichtet

werden, daß mit großen Anstrengungen der Gesamtpartei erreicht wurde, besondere finanzielle Verpflichtungen aus zurückliegenden Zeiträumen abzutragen und schuldenfrei zu sein. Es wurde aber auch dargestellt, daß die Finanzsituation der Partei in Abhängigkeit von der Mitgliederentwicklung zu betrachten ist. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind in den Jahren 2011 bis 2013 im Wesentlichen konstant geblieben und zeigen damit, daß wir unter Berücksichtigung des hohen Durchschnittsalters unserer Genossen verstärkt auf die Gewinnung neuer, vor allem jüngerer Mitglieder, hinarbeiten müssen.

Die Erhöhung des Beitragsaufkommens ist die wichtigste Quelle für die Finanzierung der innerparteilichen Tätigkeit und einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit der Partei. Die Einnahmen aus Spenden sind gemessen an den Gesamteinnahmen mit 26% für 2011 und 20% für 2012 bescheiden. Für 2013 ist ein erhöhtes Spendenaufkommen durch den in unserer Zeitung „Die Rote Fahne“ veröffentlichten Aufruf zur Wahlhilfe im Zusammenhang mit der Sammlung von Unterstützerunterschriften durch die LO Berlin für die Teilnahme an der Bundestagswahl zu verzeichnen. Neben der Bereitstellung von 500 Euro aus Zuschüssen von den Landes- und Regionalorganisationen wurden 970 Euro von Einzelpersonen für die KPD gespendet.

Die Finanzberichte für „Die Rote Fahne“ zeigen das ständige Bemühen, die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, die Druck- und Versandkosten, die monatlich 830 Euro betragen, zu erwirtschaften. Wir konnten zwar eine monatliche Einsparung von 200 Euro bei den Druckkosten seit September 2011 durch die Verlagerung nach Zeitz erreichen, negativ wirkte sich aber aus, daß für die Portokosten der „Streifbandzeitung“ jetzt 19 Prozent Mehrwertsteuern zu entrichten sind. Beim Verkauf der „DRF“ durch Pressevertriebe halten sich die erzielten Einnahmen leider in engen Grenzen. Die Belieferung von zwei Pressevertrieben wurde sogar eingestellt, weil die Gegenüberstellung von Einnahmen und Portokosten zu Null bzw. sogar zu einem Minus tendierte. Es wurde 2013 erreicht, den Restbetrag eines jahrelang gewährten Kredites für die „DRF“ endlich abzubezahlen.

Den Delegierten liegen die Finanzberichte für die Gesamtpartei und für „Die Rote Fahne“ für die Jahre 2011 und 2012 schriftlich vor. Für das laufende Jahr wird über den Stand vom 20.11.2013 für das Zentralkomitee und „Die Rote Fahne“ informiert.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Seit dem 27. Parteitag haben wir vielfältige Aktivitäten unternommen, um auch das innerparteiliche Leben unserer Partei weiter zu festigen und die Ein-

heit, Reinheit und Geschlossenheit unserer Reihen zu wahren. Nach wie vor besteht aber unser Problem darin, daß die Kaderdecke noch zu gering ist und deshalb mehrere Genossinnen und Genossen einen Anteil an Arbeit über das gebotene Maß hinaus leisten, so auch mehrere Funktionen gleichzeitig ausfüllen und deshalb oft mehr als eigentlich möglich belastet sind. Nur die Gewinnung neuer Kandidaten und Mitglieder ist dazu die Möglichkeit, perspektivisch diesen Zustand zu verändern. Dem ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Berichtszeitraum gab es die Aufnahme von 7 Kandidaten und 15 Mitgliedern; also 22 Neuaufnahmen. Demgegenüber stehen leider 7 Austritte, damit verbunden die Auflösung der RO Magdeburg, 1 Ausschluß und 6 Streichungen sowie der Tod von 4 Genossen. Das zeigt eindeutig, worin unsere Kalamität besteht. Dazu kommt, daß mindestens $\frac{1}{4}$ der Mitgliedschaft aus Alters- und gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage ist, am innerparteilichen Leben bzw. Aktivitäten der Partei teilzunehmen. Die Landesorganisationen gewährleisten jedoch, daß diese Genossen über die Informationen der Partei verfügen, was sowohl über Hausbesuche, Schriftverkehr und Telefonate erfolgt.

Was das Parteileben selbst betrifft, so kann man einschätzen, daß die Landesorganisationen über Arbeitspläne verfügen. Diese beinhalten die Schulungsthemen, die die Partei jährlich beschließt, thematische Mitgliederversammlungen, oft auch mit Gästen, also Aufgaben der politisch-ideologischen Arbeit, der Pressearbeit, der Arbeit mit Filmen, mit Vorträgen u. v. m., generell der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Absicherung regionaler und zentraler Veranstaltungen. Dazu gehören zum Beispiel die Teilnahme an der LLL-Demo, Aktionen gegen Nazis, Veranstaltungen zum Geburtstag und zur Ermordung Ernst Thälmanns, die Veranstaltung zum 100. Geburtstag Erich Honeckers in Bad Langensalza, Ehrungen zum 1. und 8. Mai sowie Veranstaltungen zum Weltfriedenstag bzw. dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus. Auch organisatorische Schwerpunkte sind Bestandteil der Arbeitspläne. Das gelingt insgesamt besonders gut in den Regionalorganisationen Halle/Bernburg und Zeitz, Leipzig, Barnim, Bad Langensalza und den Landesorganisationen Berlin, Thüringen sowie Sachsen-Anhalt.

Man müßte eigentlich noch vieles mehr aufzählen. Dazu kann ja in der Diskussion berichtet werden. Eines vielleicht noch. Wir haben dargelegt, daß nach der Beratung vom 13. Oktober 2012 ein Koordinierungszentrum gebildet wurde. Auf Initiative der KI Gera und des Genossen Hesse aus Leipzig wurden Bildungsveranstaltungen initiiert, wie zum Beispiel ein Kolloquium zum Thema „Imperialismus heute“ am 28.09.2013, das erste Schulungsthema am 09.11.2013 „Karl Marx und die Entwicklung des Kapitals“. Weitere Termine sind zur Zeit

für 2014 der 25.01., der 22.03. und 24.05. – jeweils in Leipzig, Liebknechthaus. Insgesamt sind 17 Bildungstage vorgesehen. Zur Zeit nehmen 20-25 Genossen aus der BRD teil, von KPD, DKP KI Gera, KAD und weiteren Organisationen.

Die vom 27. Parteitag gewählten 17 Mitglieder des Zentralkomitees standen bei der Umsetzung seiner Beschlüsse vor vielfältigen Aufgaben. Immer war dabei Maßstab des Handelns die Verwirklichung der Grundlinie unserer Partei, wie sie im Programm der KPD, beschlossen auf dem 25. Parteitag, enthalten ist.

Das Zentralkomitee arbeitet dabei nach einem Jahresarbeitsplan, der mehr oder weniger konsequent unsere Tätigkeit bestimmt. Die 14 Sitzungen des Sekretariats, das ja zwischen den Parteitagen die Arbeit der Partei entwickelt, dienten der Vorbereitung der 11 Sitzungen des Zentralkomitees, die seit dem 27. Parteitag stattfanden, sowie der Hilfe gegenüber den Landesorganisationen durch gemeinsame Beratungen. Leider wurde das in letzter Zeit nicht mehr mit aller Konsequenz durchgeführt. Hieraus sind die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen, genau wie zur Arbeit mit der Schriftenreihe der KPD, zur Arbeit der Ideologischen Kommission, deren Vorsitzender Anfang 2013 aus der Partei austrat, und der Kommission für Internationale Arbeit, die doch etwas vernachlässigt wurden. Deshalb sind auch Schlußfolgerungen für die Führungstätigkeit und Verbesserungen im Arbeitsstil unerlässlich. Das betrifft auch Fragen der Kommunikation, der Informationstätigkeit, der noch aktiveren Mitarbeit, bis hin zum sich stärker verantwortlich zu fühlen für die Öffentlichkeitsarbeit, auch für unsere „Rote Fahne“. „Das ist Dein Auftrag, Kommunist“ – das sollte wie auf dem 27. Parteitag angeregt, in den Mitgliederversammlungen weiter ausdiskutiert werden. Denn wir brauchen für die vor uns stehenden Aufgaben und ihre Umsetzung auch die tatkräftige Unterstützung, Mithilfe und hohe Einsatzbereitschaft all unserer Mitglieder und Kandidaten.

Genossen, worauf kommt es in den nächsten Wochen und Monaten an?

1. Unser 28. Parteitag ist umfassend in den Mitgliederversammlungen auszuwerten und davon abgeleitet sind die Aufgaben für den jeweiligen Verantwortungsbereiche abzustecken, um die gefaßten Beschlüsse konsequent umzusetzen und ein noch niveauvolleres Parteileben zu gewährleisten.
2. In den Mitgliederversammlungen im Dezember 2013 und Januar 2014 ist der 95. Gründungstag der Kommunistischen Partei Deutschlands zu würdigen.
3. Die Auswertung des 28. Parteitages ist mit einer Vielzahl von Gesprächen

zu verbinden, insbesondere auch mit jungen Menschen, um sie für unseren Kampfbund als Kandidat bzw. Mitglied zu gewinnen, und damit unsere Reihen weiter zu stärken.

4. In der nächsten Zeit sind würdig vorzubereiten: die LLL-Demonstration am 12. Januar 2014; der Jahrestag des Internationalen Frauentages am 8. März; der Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald am 11. April; der 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Werktätigen; der 69. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus und der Tag des Sieges am 8. bzw. 9. Mai; die Würdigung Ernst Thälmanns anlässlich seines 128. Geburtstages am 16. April sowie des 70. Jahrestages seiner Ermordung am 18. August; der Weltfriedenstag am 1. September sowie die vorgesehenen Veranstaltungen zur 100. Wiederkehr des Beginns des 1. Weltkrieges am 1. August 2014 und des 75. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges am 1. September 1939.
5. Es kommt darauf an, uns überall dort einzubringen, wo es gilt, Kriegspolitik und brauner Pest die Stirn zu bieten; Demokratie- und Sozialabbau zu entlarven und zu bekämpfen, bis hin zum zivilen Ungehorsam, uns entsprechend unseren Möglichkeiten an Demonstrationen und Protestaktionen zu beteiligen.
6. Die Schulungsarbeit ist entsprechend den gestellten Themen zielgerichtet weiter zu entwickeln.
7. Entsprechend der Aufgabenstellung ist bis 31. Januar 2014 ein Heft der Schriftenreihe der KPD mit den Dokumenten des 28. Parteitag zu gestalten und zu veröffentlichen.
8. Zum 65. Jahrestag der Gründung der DDR ist eine würdige Festveranstaltung der KPD vorzubereiten. Dabei werden wir erneut bekunden, daß für uns diese Deutsche Demokratische Republik der Staat ist, den die meisten von uns mit aufgebaut, seine Errungenschaften verteidigt haben und in der Öffentlichkeit weiter verteidigen werden.

Dieser 7. Oktober ist und bleibt ein bedeutsames Datum in der Geschichte unseres Volkes. Es ging dabei jedoch nie um eine Einheit mit der BRD, sondern ihrerseits ausschließlich darum, die DDR „zum Verschwinden zu bringen“ (Egon Bahr), das heißt, sie als staatliche und gesellschaftliche Konkurrenz zu beseitigen. Dazu zählt der bewußte Verrat der gewählten Volkskammer im August 1990 an der Verfassung der DDR. Bis heute beweist sich letztendlich,

wie wichtig es den Konservativen ist, ihre eigenen Gebrechen zu beschönigen. Die wesentlichen Leistungen der DDR bestehen unter anderem in der Sicherung von 40 Jahren Frieden; der Gleichberechtigung der Frau; dem einheitlichen Bildungswesen; dem Gesundheitswesen und der genossenschaftlichen Landwirtschaft als eine der modernsten der Welt; die Menschen hatten Arbeit. Die DDR ist und bleibt deshalb für uns – und als Kommunisten werden wir nie in dieser BRD ankommen – das Beste, was die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung in ihrer bisherigen Geschichte hervorgebracht und geschaffen hat.

Genossen, laßt mich am Ende des Rechenschaftsberichtes feststellen: Um als Avantgarde der Partei unsere Aufgaben zu erfüllen, ist es unerläßlich, solche Eigenschaften von Kommunisten noch weiter auszuprägen, wie Klassenstandpunkt, Prinzipienfestigkeit und revolutionäre Disziplin. Damit wollen wir uns unserer Vorbilder, wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Erich Honecker und andere, würdig erweisen.

Tun wir deshalb alles in unserem Kampf gegen den Gegner für die Einheit, Reinheit und Geschlossenheit unserer Reihen.

Packen wir es an! Schreiten wir zielgerichtet weiter voran bei der Lösung der gestellten Aufgaben. Dazu wünsche ich uns gemeinsam viel Erfolg.

Rot Front!

Alfred Fritz, Mitglied des ZK/LO Berlin

Zum Problem der Stärkung der Partei und Bündnisarbeit

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst möchte ich dem Bericht des ZK meine Zustimmung geben.

Was geleistet wurde in Durchführung unseres Programms in der letzten Wahlperiode kam im Bericht zum Ausdruck. Was wir wollen, welchen Schwerpunkt wir setzen, zeigt die Losung des Parteitages.

Der 27. Parteitag stand unter der Losung: „Kampf um die Einheit der Kommunisten mit marxistisch-leninistischem Programm und für eine antiimperialistische Volksfront.“ Dazu wurden eine Reihe Aktivitäten entwickelt und wir sind mit einigen Willigen ein Stück weiter gekommen auf dem Weg der Einheit von Kommunisten.

Der heutige 28. Parteitag steht unter der Losung: „Kampf für die Stärkung der Partei und Festigung ihrer Reihen“.

Es könnte trotz der einleitenden Worte hierzu im Rechenschaftsbericht die Frage aufkommen: „Haben wir unsere Strategie und Taktik unseres Kampfes geändert?“ – Das ist keinesfalls so! Eines bedingt bzw. beeinflusst das Andere. Ich denke, wir haben insbesondere seit dem 25. Parteitag im April 2007, auch mit dem dort beschlossenen Parteiprogramm und überarbeiteten Statut, eine konsequente und kontinuierliche Politik und die dort festgelegte Strategie und Taktik verfolgt, die keinerlei Schwankungen unterlag. Die jeweils aktuellen Losungen sollen Impulse auslösen in unserem einheitlich ausgerichteten revolutionären Kampf, sie stärker ins Auge zu fassen, ohne die anderen Aufgaben zu vernachlässigen. Ich denke die meisten Genossen sehen es auch so, wenn wir uns von der marxistischen Dialektik leiten lassen. Ich sage es bewußt aber auch für Außenstehende, die oft allzu gern negative Deutungen hinein interpretieren möchten.

Wovon sollten wir in unserem weiteren Kampf ausgehen:

Natürlich zunächst von der Lageeinschätzung, wie sie im Bericht an den Parteitag dargelegt wurde. Dabei wurde deutlich gemacht, der Imperialismus, das imperialistische System, abgestuft auch in Deutschland, ist im Sinkflug begriffen, ähnlich einem abstürzenden Fensterputzer aus der 100. Etage, der in Höhe der 50. Etage sich sagt: „Bisher ist ja alles noch gut gegangen!“ – der

aber dann angesichts der Todesangst enorm aggressive Gebärden von sich gibt und versucht, noch andere mit in den Tod zu ziehen.

Der Imperialismus kann kein einziges gesellschaftliches Problem im Interesse der Menschheit lösen, weder Arbeit für alle, Entlohnung, wovon man leben kann, Gesundheitsschutz unabhängig vom Geldbeutel, noch soziale Sicherheit im Alter, auch nicht die Sicherung ökologischer Ernährungsgrundlagen, denn das Profitstreben der Agrarkonzerne verhindert das. Der Imperialismus vernichtet zunehmend die Umwelt und bedroht, vor allem durch die verheerenden Wirkungen der Kriegseinsätze (in Verdun wächst bis heute seit den Kriegsschlachten im I. Weltkrieg kein Baum, von der Entlaubungsvergiftung in Vietnam und von der Atomverseuchung in Hiroshima und Nagasaki gar nicht erst zu sprechen) die Existenzbedingungen menschlichen Lebens und führt massenweise Verbrechen mit gezielten Tötungen durch. Die Überwindung des Imperialismus ist daher ein Gebot aller friedliebenden demokratischen Kräfte – wenngleich auch von vielen bewußtseinsmäßig die Menschenfeindlichkeit so nicht erfaßt wird, wie u.a. die letzten Wahlergebnisse zum Bundestag zeigten. Eine Rechtsentwicklung ist unverkennbar (51 Prozent der Wähler haben einer Partei der politischen Rechten ihre Stimme gegeben) was nicht besagt, daß die Mehrheit für Kriegseinsätze ist. Außerdem sind fast 30 Prozent (18,2 Mio.) nicht zur Wahl gegangen oder haben ungültige Stimmen abgegeben. Was die Monopolbourgeoisie forderte, nämlich die SPD mit ihrem maßgeblichen Einfluß in den Gewerkschaften ins Boot zu holen, wurde befolgt, um stärker den Aggressionskurs als Weltordnungsmacht fortsetzen und soziale Belastungen der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen zu können. In beiden Richtungen hat die SPD ja Erfahrungen!!

Für seine Aggressionspläne braucht der deutsche Imperialismus die EU als Militärmacht mit ihren ökonomischen und militärischen Potenzen einschließlich der sogenannten Eingreiftruppe. Das EU-Parlament hat keinerlei Entscheidungsrecht zur Außen- und Sicherheitspolitik. Wozu soll man ein solches Parlament wählen? Die EU ist unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen nicht reformierbar, es hat keinerlei Legitimität ihrer Völker. Mit der zunehmenden Aggressivität nach Außen und den Repressionmaßnahmen im Innern, in Verbindung mit nationalistischem Hochmut und der menschenunwürdigen Ausländerpolitik wird der Boden ganz bewußt für faschistische Kräfte und kriegerische Entwicklungen angeheizt. Mit dieser gefährvollen Situation und faschistischen Entwicklungen sind wir in unserem Kampf derzeit konfrontiert. Darum wird das Neue Jahr wie immer – aber alles wird viel schlimmer!

2. Unser Kampf gegen dieses menschenfeindliche System und seine Über-

windung erfordert Mehrheiten, also die Bündelung der antifaschistisch/antiimperialistisch-demokratischen und Friedenskräfte gegen Faschismus und Krieg, gegen Ausbeutung, gegen Sozial- und Demokratieabbau und ihre Zusammenführung in entsprechende Koordinierungskomitees. Es meint doch wohl keiner, wir könnten das alleine? Dabei sollten wir den zunehmenden Widerstandswillen auch unter der Jugend in Betracht ziehen. Kommunisten haben die Aufgabe diese Bündnisse zu organisieren bzw. zu unterstützen. Das ist eine Wesensaufgabe einer kommunistischen Partei, denn ohne breite Bündnisse kein erfolgreicher Weg zur Überwindung des Imperialismus und deshalb dürfen wir hier nicht den Mut verlieren, wenn wir zeitweise nur schwer vorankommen. Aber es gibt keine Alternative. Dank an alle, die aktiv in Bündnisorganisationen arbeiten bzw. sie organisieren, wie auch die Genossen im Vogtland. Die Bündnisse vereinigen Aktionseinheitspolitik, also politische Kräfte in der Arbeiterklasse und ihre Organisationen mit der Bündnispolitik nichtmonopolistischer Schichten des Kleinbürgertums, der Intelligenz und Bauern, und ihre Zusammenführung zu einer antifaschistisch-antiimperialistisch-demokratischen Volksfront. Und dazu arbeiten wir mit all den Organisationen und Kräften zusammen, die hierzu bereit sind, das Grundübel – das imperialistische System – zu erkennen und zu überwinden bzw. sie durch uns hier heranzuführen. Der von Ernst Thälmann organisierte „Reichseinheitskongreß der Antifaschistischen Aktion“ 1932 in Berlin sollte für uns Anlaß sein, an der Vorbereitung eines „Bundesweiten Einheitskongresses der Antifaschistischen Aktion“ zu arbeiten, der spätestens zu Ehren des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 2017 durchgeführt werden sollte, sobald in all den Orten, wo wir vertreten sind und darüber hinaus solche Komitees und Bündnisgremien aktiviert sind.

3. Eine stabile Basis hierfür, um mit unserer Weltanschauung Ziel und Richtung des organisierten Kampfes einzubringen, ist die Zusammenführung der historisch unterschiedlich entstandenen Kommunistischen Parteien und Gruppierungen und weiterer Marxisten-Leninisten in einer geeinten Kommunistischen Partei. Das wäre das Anziehungs- und Kraftzentrum für viele linke Kräfte und für die Entwicklung der antifaschistisch-antiimperialistisch-demokratischen Volksfront. Hieran wurde 2012/2013 gearbeitet und einiges auf den Weg gebracht und für 2014 durch das inzwischen gebildete Koordinierungszentrum sind weitere Maßnahmen zur Erzielung gemeinsamer Standpunkte geplant. Setzen wir uns dafür ein, daß spätestens 2018 zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution und Gründung der KPD die geeinte Kommunistische Partei Deutschlands verkündet wird, sonst überrollt uns der Klassenfeind. 4. Genossen, hierzu ist

erforderlich, je mehr wir unsere Reihen festigen, politisch-ideologisch wappnen, um so mehr können wir Aktivitäten und Initiativen entwickeln und Fortschritte in gemeinsamen Aktionen zum Zusammenwachsen der Kommunisten und Schaffung einer Volksfront erzielen. Ohne Befähigung und offensives Auftreten auch in Bündnissen kann das zur Nachtrabpolitik führen.

Wie können wir also unsere Reihen festigen und die Partei stärken? Wo haben wir Reserven? Einige Gesichtspunkte hierzu:

Zunächst, laut Statut ist die Basis der Parteiarbeit die RO und LO. Jedes Mitglied ist verpflichtet, unabhängig von seiner Funktion sich hier aktiv einzubringen, natürlich unter Berücksichtigung seiner beruflichen und weiteren Möglichkeiten und entsprechend seinen Fähigkeiten. Wir müssen aus der Enge herauskommen, daß nur einige Wenige die Parteiarbeit tragen. Wir sollten keine Mühe scheuen, auch den letzten passiven Genossen zur aktiven Arbeit zu motivieren und zu mobilisieren (natürlich mit Überzeugung und abrechenbaren Aufgaben). Mitglieder, die in zentrale Parteiorgane gewählt werden, haben auch unabhängig von ihren Funktionen in der RO/LO konkrete abrechenbare zentrale Aufgaben zu erfüllen, also nicht nur an Beratungen teilzunehmen.

Es sollte als eine unumstößliche Praxis in den RO und LO sein einleitend in Versammlungen wichtige ausgewählte aktuelle politische Ereignisse zu behandeln und unsere Argumente hierzu auszutauschen, um alle Genossen auf Diskussionen in der Öffentlichkeit vorzubereiten und zu festigen.

Die Schulungsarbeit ist wieder kontinuierlich in Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Schulungszyklus der KI, der KPD, der DKP unter Leitung Klaus Hesse durchzuführen. Zusätzlich sind Kandidatenschulungen zur theoretischen Einführung in unsere Weltanschauung zu prüfen, wo entsprechende Bedingungen und Erfordernisse bestehen. Das könnte auch im Rahmen mehrerer LO-Bereiche erfolgen.

Die Info-Arbeit mit Info-Ständen ist zu aktivieren und jeweils für das halbe bzw. ganze Jahr zu planen und an wichtigen Standorten in den Wohngebieten/Stadtteilen durchzuführen. Aktuelle Probleme und unsere Meinung als KPD sind in den Flugblättern sichtbar zu machen. In Vorbereitung der EU-Wahlen und einigen Landtagswahlen sind diese Möglichkeiten besonders zu nutzen. Bekanntlich können wir hierbei Kandidaten und Sympathisanten gewinnen, wie auch erneut unsere Wahleinsätze zeigen.

Durch die Arbeit in den Bündnissen und unser konsequentes Auftreten gewinnen wir auch Sympathisanten und Kandidaten.

In den Parteiorganisationen sollte die Auswertung unseres Parteitages in einer der nächsten Mitgliederversammlung mit den 12 Bedingungen für die

Entwicklung der KPD zur Partei neuen Typus von Stalin, veröffentlicht 1925, verbunden werden, mit der die Mobilisierung aller Genossen anzustreben ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, sorgen wir dafür, daß durch Überzeugungsarbeit jeder Einzelne motiviert wird, das Beste für die Stärkung unserer Partei zu leisten. Parteiarbeit muß für jeden mit seiner erfüllten und abrechenbaren Aufgabe Erfolgserlebnisse bringen und auch Spaß machen.

Georgi Dimitroff erklärte aus gutem Grund:

„Es genügt nicht zu wissen, was du tun mußt, du mußt auch den Mut haben, es auszuführen. Du mußt bereit sein, um jeden Preis alles zu tun, was wirklich den Interessen der Arbeiterklasse dient!“

Vorwärts mit Optimismus, liebe Genossen. Vereint schaffen wir es.

Axel Schmidt, Mitglied des ZK/LO Sachsen-Anhalt

Zum Dokument „Grundprinzipien der Wirtschaft“

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Jahre 2009 legte die damalige Wirtschaftskommission Informationsmaterial zu den „Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der KPD“ vor, das nach mehreren Diskussionen und Änderungen in der ZK-Sitzung vom 5./6.9. bestätigt wurde. Ausgangspunkt waren dazu Materialien von den Genossen Hans Kopistecki und Zobel. Es sollte als Argumentation und Information dienen, wenn wir bei Veranstaltungen oder Wahlen Infostände nutzen, um unsere Ansichten zu verbreiten.

Auf der ZK-Sitzung im September 2009 wurde der Beschluß gefaßt, für die nächste Wahlperiode ein erweitertes Dokument zu den „Grundpositionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der KPD unter den Bedingungen in der kapitalistischen BRD“ zu erarbeiten. Dieses Papier soll unsere Positionen darlegen, was unter den heutigen Klassenverhältnissen nötig und möglich ist, um die Entwicklung der Gesellschaft im Bereich der Wirtschaft dahingehend zu beeinflussen, daß die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in Richtung einer revolutionären Umwälzung verbessert werden. Es ist also als taktisches und nicht als strategisches Dokument zu betrachten.

Es ging nicht darum darzulegen, wie wir uns nach der Übernahme der politischen Macht sozialistisches Wirtschaften Vorstellen. Diese Frage steht derzeit nicht auf der Tagesordnung, da wir weit entfernt von einer revolutionären Situation sind. Es sollte auch kein zweites sozusagen „wirtschaftliches Parteiprogramm“ entworfen werden.

So erarbeitete ich dann als neuer Verantwortlicher für Wirtschaftsfragen einen entsprechenden Entwurf unter Mitarbeit des Genossen Seibert und einer 18-seitigen Ausarbeitung des Genossen Ehegötz. Die Gliederung des Dokuments ist angelehnt an die „Agenda Sozial“ der Partei Die Linke, die ein solches Dokument als Antwort auf die „Agenda 2010“ der Schröderregierung verfaßt hat. Eingeflossen in das vorliegende Dokument sind weiterhin eine Vielzahl von Veröffentlichungen der Gewerkschaften, der sozialen Protestbewegungen, von Sozialverbänden oder Arbeitslosenorganisationen. Auch Veröffentlichungen von Autoren wie Klaus Blessing, Harry Nick, Sarah Wagenknecht, Siegfried Wenzel, Hans Watzek oder Jörg Roesler fanden Verwendung vor allem

bei der Auswertung statistischen Materials. Ebenfalls gesichtet wurden Veröffentlichungen linker Organisationen wie ISOR (besonders zu Rentenfragen), des Rotfuchs oder auch der DKP. Auch Erhebungen der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung wurden herangezogen. Eine Vielzahl von Internetseiten systemkritischer Organisationen wurden gesichtet.

Der Entwurf zur erweiterten ZK-Sitzung im Mai 2013 dem ZK vor, und es wurde beschlossen, daß die ZK-Mitglieder nach Studium des Materials ihre Bemerkungen und Vorschläge dem Genossen Schmidt zusenden können und er diese gegebenenfalls in das Dokument mit einarbeiten kann. Solche Beiträge gingen dann vom Genossen Alfred Fritz, Hannes Gelenk und von Genossen Frank Beckmann ein. Sie wurden von mir berücksichtigt. und dort, wo es sinnvoll war, in den Text eingearbeitet. Man erkennt daran, daß dieses Dokument vielfältig diskutiert und letztendlich von vielen Genossen erarbeitet wurde und den Extrakt der Analyse umfangreicher Recherchen darstellt, und nicht nur die Meinung eines Autors.

An dieser Stelle muß ich auch den kritischen Beitrag eines Thüringer Genossen erwähnen, der dem Dokument Sozialdemokratismus und eine „Alle-sitzen-in-einem-Boot-Politik“ vorwirft. Diese Erkenntnis zieht er aus einzelnen Formulierungen, wie z. B. „Tarifgemeinschaft“.

Ich muß hier kurz erläutern, was gemeint ist. Die Tarifföhne, die in Deutschland gezahlt werden, werden ausgehandelt zwischen den Branchengewerkschaften (IG Metall, IG BAU, ver.di usw.) und den Vertretern der einzelnen Unternehmerverbände. Diejenigen Unternehmer (wir können auch Kapitalisten sagen), die Mitglieder im Unternehmerverband sind und sich durch diesen vertreten lassen, sind dann verpflichtet, diesen Tarif zu zahlen. Dieses nennt man dann „Tarifgemeinschaft“. Das heißt nun einmal so – und nicht „Kampfgegnerschaftsfront Kapitalisten/Proletariat“. Nun muß man dazu wissen, daß z. B. in Sachsen-Anhalt ganze 15% und in ganz Deutschland ca. nur 20% der Unternehmer (Kapitalisten) dieser „Tarifgemeinschaft“ angehören und damit 80% gar nicht dazu verpflichtet sind, Tariflohn zu zahlen. Jetzt fordert also die KPD „daß jeder, der sich Unternehmer (oder Kapitalist) nennen will, gesetzlich dazu verpflichtet wird, der „Tarifgemeinschaft“ beizutreten und also Tariflohn zu zahlen. (Natürlich wollen wir im Endeffekt die Kapitalisten zum Teufel jagen und eine sozialistische Gesellschaft und damit auch Wirtschaft aufbauen. Aber das steht jetzt nicht auf der Tagesordnung).

Ich wüßte nicht, daß die SPD oder auch die Linke solche weitgehenden Forderungen stellen, um damit die Position der Arbeiterklasse entscheidend zu verbessern. Die SPD fordert auch keinen Generalstreik (das könnte ja die

Vorstufe zum bewaffneten Aufstand sein), aber wir fordern das.

Oder was ist Verbandsklagerecht der Gewerkschaften? – Das bedeutet nichts anderes, als daß eine Gewerkschaft das Recht bekommen soll, stellvertretend für alle Lohnabhängigen gegen die Unternehmer zu klagen. Auch das gibt es in Deutschland nicht, und es fordert auch keine andere Partei. Jetzt ist es so, daß nur einzelne Lohnabhängige gegen ihren Chef klagen können, und die Urteile besitzen keine Allgemeingültigkeit. Man stelle sich vor, in welcher stärkeren Position die Ausgebeuteten wären, würde eine starke Gewerkschaft dem Unternehmer als Gegner gegenüber sitzen.

Solche und andere Forderungen sind den Menschen, die wir erreichen wollen verständlich und man kann sie dadurch erreichen, und an Einfluß gewinnen. Wie hat Lenin gesagt: „Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.“ Damit dieses aber geschieht, müssen wir in zäher Kleinarbeit Schritt für Schritt Menschen überzeugen. Und so könnte ich noch mehr Beispiele aus unserem Dokument nennen, die die oben angeführte Kritik widerlegen. Unsere Forderungen gehen weiter, als sie ein Sozialdemokrat je stellen würde, und sie verbessern die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse auf dem Weg zu einer revolutionären Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Das, was ich aus dem kritischen Beitrag herauslese, ist Linker Radikalismus, der und jetzt nicht weiterhilft und den Lenin damals ja auch als „Kinderkrankheit“ bezeichnet hat.

Es liegt also jetzt unserer Partei ein Dokument vor, welches eigentlich beschlußfähig ist. Auf der letzten Sitzung des ZK wurde nun beschlossen. Das Dokument nochmals in den Landesorganisationen und Regionalorganisationen vorzustellen und letzte Vorschläge und Anmerkungen an Gen. Schmidt bis zum 31. März zu übersenden. Das Dokument wird dann in seiner Endfassung Anfang Mai vom ZK bestätigt.

Ich weise nochmals daraufhin, daß ich versucht habe, ein Dokument zu erarbeiten, was einige Zeit Bestand hat, obwohl ich weiß, daß sich die Situation im Bereich Wirtschaft und Soziales ständig in bestimmten Werten ändert. {Besonders nach der letzten Bundestagswahl werden einige neue Aspekte dazu kommen. Deshalb wird es auch notwendig sein, das Dokument in bestimmten Zeiträumen (vielleicht jährlich) zu überarbeiten und auf den aktuellen Stand zu bringen. Dazu müssen wir es aber endlich einmal zum Abschluß bringen.

Was aber unsere Grundaussage auch dieses Dokumentes bleibt, ist unser Ziel, abgeleitet aus unserem Programm, alles dafür zu tun, eine sozialistische kommunistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Daran lassen wir auch nie einen Zweifel.

Klaus-Peter Schöwitz, Gastdelegierter der LO Thüringen

Zu ideologischen Fragen dieser Zeit

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte zu einigen aktuellen und zukunftsorientierten politisch-ideologischen Fragen, aus meiner Sicht sehr bedeutungsvollen, unsere-meine Auffassung hier vertreten.

So stelle ich als Bürger der DDR fest, der ich bin und geblieben bin, daß ich nie in meinem bewußten Leben in der sozialistischen DDR derart geschädigt und beschädigt wurde, wie in dieser „vergrößerten“ BRD (EU).

Und so sehen wir auch den Wesensinhalt gesellschaftlicher Entwicklung für die Arbeiterinnen und Arbeiter, Werktätige der DDR, die mit dieser sogenannten deutschen Einheit erdrückt wurden.

Als Bürger der DDR kann ich nur sagen: Eine deutsche Einheit auf volksouveräner Grundlage hat nie stattgefunden. Im Gegenteil! Die mit der europäischen Arbeiterklasse steht auch noch aus. Die sogenannte „Volksrevolution“ der Kohl-, de Maiziere-, Schröder-, und Merkelanhänger der BRD war eher „ekelig“, hielten mir hier Arbeiter entgegen.

Die Verteidigung der bewiesenen geistig-kulturellen, sozialen und völkerverbindenden Errungenschaften der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung in der DDR (und außerhalb), gilt es offensiv und in umfassender Weise ihrem progressiven Inhalt nach, als lebendige Erfahrung, an die Arbeiter und alle Lohnempfänger der BRD, mit ihren fortschrittlichen Parteien und Volksvertretern, zu übermitteln. Voran der Jugend.

Von den bekennenden Marxisten-Leninisten in der DDR, von uns zu lernen, die historische Größe des Aufbau- und Gestaltungswerkes des Arbeiter- und Bauernstaates DDR, auch in dieser BRD zu erkennen, das ist die aktuelle historische Aufgabe der Arbeiterpartei KPD.

Nicht aber die Fehler, die auch durch Einwirkung von außen gemacht wurden, auszuwalzen und sich gar daran zu erfreuen, bzw. sich durch Entschuldigungen solche zuzulegen. Hier spreche ich vor allem die „Linken“ an, die so etwas tun.

Die politisch-ideologische Kampfkraft aller antiimperialistischen Kräfte dieser BRD, die tatsächlich gespalten sind, durch „Oben und Unten“, durch Hin-

einbringen von Arbeiterinteressen – mittels Klarheit, Einheit und Reinheit, nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen zu stärken, das ist unsere Aufgabe als Mitglieder der KPD. Uns auf diesem Weg nicht abdrängen zu lassen, stärkt uns und das Bewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter. Nicht umsonst heißt es in einem Beschluß der KPD: Das Beste, das Revolutionäre, was die Deutsche Arbeiterbewegung auf deutschem Boden, auf dem Territorium der souveränen DDR geschaffen hat, das war die Deutsche Demokratische Republik sozialistischer Orientierung!

Wenn wir also diese Fragen der Klarheit, Einheit und Reinheit in der Arbeiterbewegung ansprechen, so gilt das zuerst für uns in unseren eigenen Reihen! Haben wir doch mehrfach festgestellt, daß das nicht im allgemein tragenden Maße vorhanden war. Und heute da ist?

Deshalb nenne ich 4-5 Erscheinungen, die auch in meiner politischen Tätigkeit in der Öffentlichkeit als Arbeiter und Arbeitervertreter in der DDR, der 20 Jahre in der materiellen Produktion die materiell technischen Grundlagen mit geschaffen hat, eine Rolle spielten. Diese sah nicht jeder.

Viele haben im Ingenieurbüro oder in anderen Einrichtungen des gesellschaftlichen Prozesses ihre qualifizierte Arbeit gemacht und sahen gar nicht so genau, wie hart es für die Arbeiterklasse der DDR in den letzten Jahren war, als von Ausbeutung befreite Klasse, diesem opportunistischen/revisionistischen Oppositionswust zu begegnen, ihren täglichen Arbeitsprozeß aktiv zu vollziehen. Die große Mehrheit tat es aber, und dafür sollten wir ihr unseren Glückwunsch und Dank aussprechen, auch heute auf dem 28. Parteitag.

Die aktive Verteidigung des Arbeiter- und Bauernstaates nach den richtigen wesentlichen Inhalten, wie sie im Programm und Statut der Arbeiterpartei, der marxistisch-leninistischen SED dokumentiert waren, sollten wir nicht übersehen. Denn die SED hat sich nicht aufgelöst.

Es fand leider etwas statt, was nicht berechtigt war; nämlich die Zerstörung des aktiven Kopfes: mit „Sonderparteitagshilfe“ und Schaffung einer antimarxistisch-leninistischen Pluralismus-Idee, mit Großbesenhilfe, auch auf dem Bildschirm zu sehen. Ob dies berechtigt oder nicht berechtigt war, lasse ich mit eurer Bewertung dahingestellt.

Schließlich, der 12. Parteitag hätte alles richten können. Der „Sonderparteitag“ 89, der keine ordentliche demokratische Grundlage hatte, hat aber das oben Dargestellte organisiert gemacht.

Und deshalb bin ich nicht aus der marxistisch-leninistischen SED ausgetreten, sondern Mitglied der KPD geworden. Das tat wegen der Mißachtung des demokratischen Zentralismus der KPD auch nicht gut.

Aber diese aktive Verteidigung in der Richtung des Angesprochenen sehe ich noch nicht aktiv offensiv. Und so frage ich: Warum muß das so sein? Soll denn die Jugend lernen, wir waren 40 Jahre Irritierte?

Das ist nicht wahr! Das sozialistische Lager wurde dem „Haus Europa“ geopfert! Ich wurde nicht gefragt, etwa Ihr? Das „Haus Europa“ wurde von der Hauptkraft UdSSR mit Michail Gorbatschow u... an der Spitze neu kreiert. in Helsinki auch besprochen. Später die entsprechende Schlußfolgerung gezogen, daß es der friedlichen Zukunft wegen zwei Deutschlands/Europas – ein sozialistisches und ein kapitalistisches – nicht geben kann. Der „bezaubernde Freiheitswahn“ half bei dieser Volksverführung. Seien wir ehrlich und aufrichtig mit den kommunistischen Arbeiterparteien Europas und der Welt und sagen ihnen, daraus sind Schlußfolgerungen für die internationale Arbeiterbewegung zu ziehen.

Wichtig ist die Verteidigung und Achtung der Ehre, der hohen revolutionären Leistungen, der von Ausbeutung, Erniedrigung und Mißachtung in der DDR sich befreienden Arbeiterklasse, aller Werktätigen, die ihre Rechte erkämpft hatten.

Viele Bürger der BRD würden sich alle zehn Finger lecken, wenn das bei uns Erreichte für sie gelten dürfte. Das sollten wir viel stärker gegenüber der jungen Generation in den Vordergrund stellen. Mein Heimatland, mein Vaterland ist die Sozialistische DDR! Sie ist es doch nicht als plakatives Objekt?

Wir haben doch unser Leben lang dort gearbeitet und würdevoll gelebt, nicht gegen den Arbeiter- und Bauernstaat, nicht gegen unsere Gesellschaft, sondern für sie, (für mich), für alle Bürger!

So ist auch klarzustellen, daß nicht die 2.3 Millionen starke Arbeiterpartei SED versagt hat, sondern die politische Führung es nicht geschafft hat, diese politische Richtung zu erhalten. Wer sich einmal die Volkskammerkammdokumente, die Protokolle der Tagungen der Volkskammer der DDR durchliest, wird sagen: Das verstehe ich nicht, was hier von dem einen oder anderen Abgeordneten gesprochen wird. Das trug dazu bei, daß zum Schluß zurück „getreten“ wurde. Jetzt frage ich die Delegierten des 28. Parteitages: Wer von euch tritt zurück, weil er gesellschaftlich das Richtige gemacht hat? Ich nicht!

Außerdem gab es im SED-Statut keine Rücktrittsformulierung für gewählte Leitungen.

Der sogenannte „Sonderparteitag der SED“-(PDS) wurde nicht durch die Mitglieder der Arbeiterpartei SED einberufen. Insofern haben die 2.3 Millionen DDR-Bürger, die Mitglied der SED waren, nicht die Verantwortung für das Folgende allein zu tragen.

Wenn wir aussparen wollen, uns mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, weil es „unbequem „ ist, dann müssen wir überlegen, ob wir in der internationalen Arbeiterbewegung tatsächlich mit an der Spitze oder im Bereich dieser Richtung maßgeblich die Partei Liebknechts, Luxemburgs, Thälmanns, Piecks, Ulbrichts und auch Reimanns verteidigen können. Denn auch Thälmann wollte ein einheitliches demokratisches Deutschland, Europa, nicht ein gespaltenes. Und Max Reimann sagte 1956 im Verbotsprozeß der KPD in der BRD : wir lehnen dieses Grundgesetz ab, aber eines Tages werden wir es verteidigen müssen.

Er sprach damals nicht für die Bürger der DDR, dessen müssen sich auch manche Kommunisten klar werden. Bequemlichkeit und Ideologieschwäche sind keine Eigenschaften des revolutionären Kampfes der Arbeiterbewegung.

Wenn es 2013 Arbeiter gibt, die den politischen Klassenkampf als juristischen Kampf zu Verteidigung ihrer Rechte aus der „Volksverfassung“ der DDR von 1968 nehmen und in Gerichtssälen führen, so wie es Prof. Dr. Erich Buchholz in seinen aktuellen Büchern macht und dort feststellen: „Ich bin Arbeiter der DDR; Mitglied des FdGB und streite um meine festgeschriebenen Rechte der DDR-Verfassung, die durch Volksentscheid ich mit schuf, diese meine/unsere Entscheidung nie aufgehoben wurde, so ist dies mein Recht!“

Dann sollten auch die Mitglieder der KPD, ihre Leitung, sich ernsthaft politisch-juristisch damit auseinandersetzen.

Die reaktionäre Annektion unserer Verfassung mit den festgeschriebenen Rechten für alle DDR-Bürger sowie den souveränen Arbeiter- und Bauernstaat DDR selbst, ist doch kein Kavaliersdelikt!

Dieser politisch-ideologischen Aufgabe sollten wir uns deutlicher stellen.

Die politisch-juristische Entscheidung des Staatsvolkes der DDR, zu ihrer „Verfassung des Volkes“ von 1968, 6. April, mit über 11.5 Millionen „Ja - Stimmen“ zu ignorieren, ist kein progressiver Beitrag zur Einheit des deutschen Volkes!

Ich bin das festen Überzeugung, alle ehrlichen, aufrichtigen Menschen werden sagen: Jjetzt sprechen sie wahre Worte, und nun können wir uns ihnen zuwenden.

Als ich mit meinen 7 Forderungen als Bürger der DDR in Erfurt, am Vorabend des 1. Mai, auf dem Anger stand, kam ein Mensch, der die „Wende“ oder „Konterrevolution“ ansprach, auf mich zu und sagte: „Nichts ist besser geworden, im Gegenteil!“ – Er gehe aber nicht in die KPD, das sei auch so ein Haufen, dem er nicht vertrauen kann. Das tat weh! Aber, auch solche Aussagen haben wir ernst zu nehmen.

Stellen wir uns 2014 solchen wesentlichen Fragen in der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung!

Dem Vorschlag einer „Lesegruppe“ folgend schlage ich auch hier auf dem Parteitag vor, stärker „unsere Filmveranstaltungen“ in der Öffentlichkeit zu organisieren. Ein Filmwerk welches die große Leistung der revolutionären deutschen Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts widerspiegelt, ist z. B. im DDR-Film „Die Unbesiegbaren“ als empfehlenswert festzustellen. Hier wäre Platz für gemeinsame Veranstaltungen mit „Linken“ und anschließender Diskussion zu organisieren.

Rot Front!

Peter Schmuck, LO Sachsen

Zur Lage in Dresden

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mein Name ist Peter Schmuck. Ich wohne in Dresden. Ich bin Mitglied der Landesorganisation Sachsen und speziell in der Regionalorganisation Dresden tätig.

Wie ist die Lage in Sachsen? Seit 20 Jahren arbeiten Neofaschisten gezielt am Aufbau schlagkräftiger Strukturen in Ostdeutschland. Sachsen gilt als die kommunale NPD-Hochburg. In Sachsen wirkt der zahlenmäßig stärkste und politisch erfolgreichste Landesverband. Von den bundesweit etwa 6000 Mitgliedern sind ca. 800 in Sachsen aktiv.

Die sächsische NPD ist flächendeckend in allen zehn Landkreisen und den drei kreisfreien Städten vertreten. Sie besitzt über 20 Ortsgruppen. Im sächsischen Landtag ist sie seit 2004 mit zwölf Abgeordneten vertreten. Gewählt wurden sie von 190.000 Sachsen. Seit 2009 sind es acht Abgeordnete, die von 10.000 Sachsen gewählt worden sind.

Mit den Landtagsmandaten verschafft sich die NPD ein solides finanzielles Fundament. Auf der Grundlage der gesetzlich vorgeschriebenen Parteienfinanzierung erhielt die NPD zum Beispiel 2011 einen Fraktionszuschuß von 1,4 Millionen Euro (das sind pro Monat 116.000 Euro). Außerdem besitzt sie 44 Mandate in den Kreistagen und verfügt über sieben Mandate in sächsischen Städten und Gemeinden.

So sieht es in Sachsen aus. Diese Neonazis sind einer unserer Hauptfeinde, die wir bekämpfen müssen.

Dank der aufopferungsvollen und fleißigen Tätigkeiten wie die der Genossen Gerd Hommel oder die des Genossen Professor Wolfram Triller gibt es in Dresden das so genannte KAD, das Kommunistische Aktionsbündnis Dresden. Ich glaube, ich brauche nicht aufzuzählen, wer alles Mitglied in diesem Bündnis ist. Ich denke, das ist bekannt.

Zu diesem Bündnis gehört natürlich auch unsere Partei. Das KAD wird von einem Koordinierungsrat geleitet, dem je zwei Vertreter der beteiligten Organisationen angehören. Ich bin Mitglied im Koordinierungsrat. Ich wurde auch Mitglied im Rotfuchs-Förderverein e. V. Genauso bin ich Mitglied im

RFB. Das ist der Revolutionäre Freundschafts Bund, seine Arbeit ist euch sicher bekannt.

Durch die Mitgliedschaft dieser Organisationen habe ich erst einmal die Grundlagen geschaffen, um als Mitglied der KPD arbeiten zu können. Ich habe nun die Möglichkeit, mit vielen Menschen zusammengekommen. Das möchte ich hier an einigen Beispielen erläutern.

Im Rotfuchs-Förderverein e.V. erlebe ich einmal im Monat sehr interessante Vorträge. Als ich das erste Mal an einer Veranstaltung der Rotfuchse in der Gaststätte Drogenmühle in Heidenau teilnahm, erlebte ich Folgendes.

Stolz mit unseren Parteiabzeichen an der Brust stellte ich mich vor. Schon kamen einige Rotfuchse entsetzt auf mich zu und fragten mich, was denn mit der KPD wäre. Gibt es die überhaupt? Oder einige sagten: Die ist doch verboten. Und das im Jahre 2013 – von Rotfüchsen. Da könnt ihr euch vorstellen, wie es mit den Menschen in unserem Land bestellt ist.

Fast alle Rotfuchse die sich in Heidenau treffen, behaupten von sich, Sie seien Kommunisten. Das hat mich natürlich etwas verwirrt. Ich versuchte, für mich Klarheit zu schaffen. denn ich wollte es wissen. Ich meldete mich zu Wort und fragte „Genossen Rotfuchse, gibt es einen weißen Schimmel oder einen schwarzen Rappen?“ – Das ist natürlich Unsinn, wenn der Rappen nicht schwarz ist, dann ist es kein Rappen.

Gibt es einen demokratischen Sozialismus? Das ist genauso ein Unsinn. Wenn der Sozialismus nicht demokratisch ist, dann ist es kein Sozialismus.

Übrigens möchte ich denjenigen, die sich mit dem Begriff der Demokratie herumschlagen, sagen: Die Diktatur des Proletariats ist die höchste Form der Demokratie.

Aber wie sieht es denn nun mit dem Kommunisten aus. Es muß doch erst einmal jeder für sich entscheiden, bin ich ein Kommunist oder bin ich keiner? – Wenn ich ein Kommunist bin dann gehöre ich in die Kommunistische Partei. Dann gehöre ich in die Partei von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Dann gehöre ich in die Partei von Ernst Thälmann. Dann gehöre ich in die Partei von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Und nirgend woanders hin.

Die KPD verfolgt konsequent die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse. Wir haben mit dem Marxismus-Leninismus (er ist die einzige wissenschaftliche Weltanschauung) das richtige Werkzeug, um dieses Ziel zu erreichen. Und damit sind wir als einzige Partei in der Lage, diese historische Mission durchzuführen.

Wenn wir am 16. April oder am 18. August am Denkmal von Ernst Thäl-

mann in Dresden unsere Gedenkfeiern durchführen, erlebe ich folgendes.

Da gibt es so genannte Kommunisten die sich am Denkmal vor unserem Teddy verneigen, anschließend nach Hause gehen und am nächsten Tag eine neue sogenannte „Kommunistische Partei“ gründen. Andere zitieren groß die Worte Ernst Thälmanns: „Einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger sind eine Faust!“ - und am nächsten Tag beschwerten sie sich, wenn man sie mit „Genosse“ anspricht.

Am 13. November fand eine Veranstaltung unter dem Thema „Pogromnacht 1938 – Erinnerung aus der Sicht von heute“ statt. Die Referenten waren Dr. Nora und Dr. Sigurt Goldenbogen aus Dresden. Alles, was die beiden erzählten, war eine reine Schilderung der Ereignisse.

Unter Einsatz ihres Lebens druckten und verteilten deutsche Kommunisten nach dem 9. November eine Sonderausgabe der „Roten Fahne“ gegen Hitlers Judenpogrome 1938. Das war die Ausgabe Nr. 7. Darin veröffentlichten sie die Erklärung des illegalen Zentralkomitees der KPD gegen die Schmach der Judenpogrome.

Keine andere Organisation oder Institution in Hitler Deutschland übte Solidarität mit den geschundenen Jüdinnen und Juden. Auch nicht die Repräsentanten der beiden christlichen Kirchen.

Von den beiden Referenten wurde darüber kein Wort verloren. Im Gegenteil, sie sagten, die Kirchen hätten von nichts gewußt. Die KPD wird einfach totgeschwiegen. Als sie vom Überfall auf die Sowjetunion sprachen, bezeichneten sie den Großen Vaterländischen Krieg als „Rußlandfeldzug“. Und das von Menschen, die in der DDR gelebt, studiert und an einer Hochschule promoviert haben.

Zur unserer Arbeit. Für uns in Dresden gab es einen ersten wichtigen Punkt. Wir müssen in die Öffentlichkeit. Wir müssen zeigen, die KPD lebt, uns gibt es, und wir werden kämpfen.

Also erstens: Wir brauchen eine Fahne. Wie die Fahne der KPD aussieht sehen wir an unserem Abzeichen. Also haben wir eine Fahne anfertigen lassen. – Übrigens wundere ich mich immer wieder, wenn ich KPD Mitglieder sehe, die irgendeine Phantasiefahne herumtragen.

Zweitens: Wir brauchen einen eigenen Stand zum 1. Mai. Wir haben uns einen geschaffen (3 x 3 m Schirm mit vielen KPD-Fähnchen und roten Luftballons, einen Tisch mit einem Aufsteller und einer entsprechenden Losung dazu. Und siehe da: Viele Menschen sind zu uns gekommen und haben erstaunt festgestellt: Die KPD lebt.

Drittens: Wir haben uns vorgenommen, bei jeder Veranstaltung – egal, wer

sie geplant und organisiert hat, ob Rotfuchse, oder Revolutionärer Freundschafts Bund, ob FDJ oder Aktionsbündnis Dresden Nazifrei – Wir werden immer dabei sein.

Wenn ein FDJler vor Gericht gezerzt wird dann sitzen wir mit in dem Saal. Wenn der angeklagte FDJler sich geäußert hat, klatschen wir Beifall, auch auf die Gefahr hin, daß wir mit einer Strafe belegt werden.

Wir sind am 16. November mit unserer Fahne und Transparenten mit marschiert. Wir haben vor dem militärhistorischen Museum in Dresden und vor der Graf Stauffenberg Kaserne gegen die Indienststellung der ersten RSU-Kompanie protestiert. Diese RSU-Kompanien sind, wie ihr alle wißt, nichts anderes als die Freikorps von 1919 und 1920. Das waren die, die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordeten. Wir haben erlebt, wie junge FDJler brutal verhaftet wurden. Nur weil sie das FDJ Hemd trugen. Wir wurden zur Seite geschubst, weil wir zu dicht daneben standen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist Klassenkampf. Der Klassenkampf findet auf der Straße statt. Uns nützt es wenig, wenn wir uns in einem warmen gemütlichen Raum stundenlang über die Klassiker unterhalten und einer nach dem anderen versucht zu beweisen, was davon eventuell heute nicht mehr gültig ist. Für mich haben die Lehren von Marx, Engels, Lenin und auch Stalin ohne die geringsten Abstriche Gültigkeit.

Zurück zur unserer Arbeit. Nachdem wir gezeigt haben: Uns gibt es! stehen weitere Aufgaben an. In Zukunft werden wir die Gedenktage zu Ehren Ernst Thälmanns selbst planen und die anderen aufrufen, daran teilzunehmen. Es ist unser Ernst Thälmann. Den 8. Mai, den Tag der Befreiung, den Tag des Sieges der Roten Armee über den Hitler-Faschismus werden wir mit Veteranen der 5. Garde-Armee, die Dresden befreit haben, und ehemaligen sowjetischen Bürgern am Ehrenmal begehen. Und dazu rufen wir auf.

Nicht noch einmal folgen wir dem Aufruf undurchsichtiger Kräfte, der Linkspartei, und lassen uns vorschreiben, was wir am Denkmal der gefallenen sowjetischen Soldaten machen dürfen und was nicht.

Einige Leute haben wahrscheinlich vergessen, daß es die Genossen der KPD waren, die an der Seite der Roten Armee in den Schützengräben lagen und gegen den Hitler-Faschismus gekämpft und ihr Leben gelassen haben. Wie zum Beispiel Erich Weinert, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, für den Nachwuchs unserer Partei zu sorgen. Wir haben in Dresden mit einer Gruppe von ca. 20 Jugendlichen Kontakt aufgenommen. Ich persönlich habe diese mit viel Material, auch Filmen, ein wenig überschüttet. Gleich kam die Antwort, ich solle bitte nicht ent-

täuscht sein. Die Jugendlichen haben momentan nicht die Absicht Mitglieder der KPD zu werden.

Das ist doch ganz klar, das ist auch nicht unsere Absicht. Die Jugendlichen müssen in eine Jugendorganisation. Dort müssen sie von uns betreut, geschult und erzogen werden. Diesbezüglich gibt es von uns schon konkrete Vorstellungen, und ein Plan dazu ist in Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, laßt uns auf der Grundlage der Beschlüsse dieses Parteitages mit aller Kraft an die Arbeit gehen. Und denkt bitte bei eurer täglichen Arbeit daran:

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Rot Front!

Lothar Piechowski, Mitglied des ZK/LO Mecklenburg-Vorpommern

Stärkung der Landesorganisation Mecklenburg-Vorpommern

Werte Genossen des 28. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands!

Unsere Landesorganisation Mecklenburg-Vorpommern hat mich beauftragt, die herzlichsten Grüße für einen erfolgreichen Verlauf des 28. Parteitages zu übermitteln.

In unserer Landesorganisation sind 6 Genossen, davon wurden drei Genossen zwischen dem 27. und 28. Parteitag als Mitglieder aufgenommen. Streichungen und Austritte sind nicht zu verzeichnen. Der Einzugsbereich bezüglich unserer Landesorganisation betrifft Grimmen, Rostock, Stralsund und die Insel Rügen.

Eine kontinuierliche politische Arbeit verlangt von uns die monatliche Teilnahme der Zusammenkünfte und Beratungen, um z. B. nationale und internationale Probleme der Weltbewegungen zu diskutieren und zu beraten.

Die Erfahrungen haben uns gezeigt, daß die Einbeziehung in den Zusammenkünften mit den RFB, RotFuchs, ISOR, Freundeskreis Ernst Thälmann Gedenkstätte Ziegenhals, die Partei die Linke sowie sympathisierender Bürgern solche gemeinsamen Treffen zum Erfolg führen können. Die Partei die Linke hat uns Ihre Räumlichkeiten als Begegnungsstätte bereitgestellt. Ich denke, daß dazu ein Dankeschön auszusprechen ist. Die aktuellen Aufgaben unserer gemeinsamen politischen Arbeit sind:

1. der Kampf zur Erhaltung des E. Thälmann Denkmals in Stralsund
2. die Umbettung der gefallenen sowjetischen Soldaten und Beseitigung des Ehrenmals. Der Erhalt muß mit allen Mitteln zu sichern sein.
3. jährliche Thälmann-Ehrungen
4. Kampf und Feiertag der internationalen Arbeiterklasse
5. Tag der Befreiung
6. Weltfriedenstag

7. 65. Jahrestag der Gründung der DDR
8. Teilnahme an Seminaren und Vorträgen ehemaliger Dozenten der Partei-Hochschule der SED
9. Unsere Leitlinien und Aktivitäten der politischen Arbeit sind:
 - ständige Auswertungen der ZK-Tagungen
 - geschlossene Haltung zum Erhalt des Thälmanndenkmals in Stralsund
 - Erhalt des sowjetischen Ehrenmals
 - Betreuung älterer Genossen, z. B. Genosse R. Bruß wird von A. Voß (DKP) betreut jährliche Treffen ehemaliger Bürgermeister in Grimmen mit ehemaligen staatlichen Mitarbeitern, und von Ratsmitgliedern. In gemeinsamen Zusammenkünften berichtet die KPD über Ihre Arbeit und die weiteren politischen Tätigkeiten.

Eine unserer wichtigsten ideologischen Arbeit wird die Gewinnung von Mitgliedern, besonders jüngerer Kader, sein. Ich weiß, daß dieses Problem auf unserem Tisch liegt und besonders beharrlich und verantwortungsbewußt behandelt wird. In den monatlichen Treffen der Landesorganisation ist es erforderlich, den oben genannten Schwerpunkt immer auf die Tagesordnung zu setzen.

Teilweise ist es uns gelungen, Sympathisanten für unsere Tätigkeit zu gewinnen. Um unsere weitere politische Arbeit auszubauen, ist es unser Ziel, weitere Sympathisanten zu gewinnen.

Zum Schluß möchte ich in meinen Ausführungen noch einiges darstellen. Es hat sich zwischen dem 27. und 28. Parteitag einiges Positives in unserer Landesorganisation Mecklenburg-Vorpommern bewegt und entwickelt. Ein Stillstand ist in unserer Partei keinesfalls zu erkennen. Ich denke, dazu haben alle Genossen und Genossinnen Ihre Beiträge geleistet. Ich bin davon überzeugt, und nun gehen wir gemeinsam an die Arbeit der vom 28. Parteitag der KPD beschlossenen Festlegungen zur Realisierung heran.

Dem Rechenschaftsbericht des ZK an den 28. Parteitag stimme ich voll und ganz zu.

Rot Front

Kurt Ehegötz, RO/Bad Langensalza/Thüringen

Zum Problem politischer Arbeit in der LO Thüringen

Die Regionalorganisation der KPD Bad Langensalza aus Thüringen hat seit dem letzten Parteitag eine vielfältige politische Arbeit geleistet. Zahlreiche politisch-ideologische Auseinandersetzungen gegen den jetzigen Zeitgeist prägten die politische Arbeit.

Ein besonderer Höhepunkt für uns war der Auftrag des ZK der KPD, die Festveranstaltung zum 100. Geburtstag von Erich Honecker in Bad Langensalza durchzuführen. Neben der musikalischen Umrahmung wurden Beiträge zur Friedenspolitik der DDR, des ereignisreichen Lebens von Erich Honecker und außerdem die „Moabiter Notizen“ in den Mittelpunkt gerückt.

An Schautafeln wurde das Leben von Erich Honecker dargestellt und gewürdigt. An dieser Veranstaltung nahm das gesamte Zentralkomitee teil, die Genossen der Thüringer Landesorganisation und auch Genossen der Linkspartei. Ein Grußschreiben an Margot Honecker wurde beschlossen und abgeschickt. Ich glaube, daß diese Veranstaltung sehr gut gelungen ist.

Ein ideologisches Problem stellte sich mit der Auseinandersetzung um die politische Rolle J. W. Stalins. Auch dazu führten wir eine Veranstaltung durch, die von großem Interesse begleitet wurde. In meinen Ausführungen stand besonders seine Leistung, sozialistische Produktionsverhältnisse zu schaffen – und nicht zuletzt seine hervorragenden Leistungen im Großen Vaterländischen Krieg und der Zerschlagung des deutschen Faschismus. Natürlich wurde auch die Auseinandersetzung mit den Lügen des Klassenfeindes geführt. Die Veranstaltung hat durch ihre kontroverse Diskussion weitere Aufklärung geschaffen.

Ein weiterer Punkt der ideologischen Arbeit der Landesorganisation ist die Durchführung von Informationsständen zum 1. Mai und zum Weltfriedenstag.

Besonderen Wert legen wir auf die Veranstaltungen zum Geburtstag und Todestag unseres Genossen Ernst Thälmann. Für mich persönlich ist es eine besondere Ehre, zu diesen Veranstaltungen in Weimar und Buchenwald gesprochen zu haben.

Wir legen besonderen Wert darauf, gemeinsam mit der DKP an diesen Veranstaltungen teilzunehmen und damit die Aktionseinheit zu dokumentieren.

Mit der Durchführung des Parteilehrgangs zu Beginn einer jeden Mitglie-

derversammlung der Landesorganisation versuchen wir immer, unser Wissen zum Marxismus-Leninismus weiter zu vertiefen. Mich auf die unterschiedlichen Thematiken vorzubereiten und die einführenden Erläuterungen zu geben, bereitet mir besondere Freude.

Gestattet mir zum Schluß einen Ausblick zu einer Problematik, die uns alle in der ideologischen Arbeit beschäftigen sollte. Denn im Jahre 2014 ist es 100 Jahre her, daß die imperialistischen Kriege verschärft ihren Anfang nahmen und bis heute in anderer Weise weitergeführt werden. Denken wir an die Worte von Karl Liebknecht:

Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Hannes Gelenk, Mitglied des ZK/Internationale Kommission

Zur politischen Situation

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir befinden uns im 23. Jahr der Restauration der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den ehemaligen sozialistischen Ländern Europas. Seit unserem 27. Parteitag, der vor zwei Jahren hier in Berlin stattfand, haben sich die Probleme in Deutschland, Europa und in der Welt zugespitzt.

Durch die zunehmende Einmischung der führenden imperialistischen Staaten in die Politik von Ländern Afrikas, Asiens und Europas, wobei dieses Deutschland, in dem wir seit 1990 leben, tief involviert ist, entstand global eine Situation, die zu einem weltumspannenden Krieg führen kann. Ausgetragen mit modernsten Waffen, zu denen auch Nuklearwaffen gehören, würde in ihm die Mehrheit der Menschheit keine Chance zum Überleben haben. Der sich verschärfende Kampf um Rohstoffressourcen und Einfluß, der in vielen Teilen der Erde von den imperialistischen Mächten initiiert worden ist, schafft Instabilität und erzeugt Massenflucht in einem nicht abzusehenden Ausmaß. Wie wir erleben, hat der Ansturm von Millionen Menschen aus Afrika und Asien auf die scheinbar wohlhabenden Länder Europas begonnen.

Das von außen erzeugte Chaos in Form von militärischen Konflikten ohne sichtbare Fronten treibt sie aus ihren Heimatländern. Nationalisten aller Couleur in Europa nutzen diesen Zustand, um Abneigung und Haß gegenüber anderen Völkern zu propagieren. Und ihre Aktivitäten sind leider fruchtbar. Wir wissen, wohin diese Entwicklung führt. Die Geschichte der menschlichen Zivilisation gibt darüber Auskunft. Wer sie nicht kennt, kann die gesellschaftlichen Prozesse der Gegenwart nicht verstehen und noch weniger begreifen.

Wir Kommunisten, im Bunde mit Sozialisten und allen Kräften, deren Tun auf den gesellschaftlichen Fortschritt fokussiert ist, haben die dringliche Aufgabe, unseren Mitmenschen die Augen zu öffnen und die Wende zurück in die Zukunft einzuleiten. Die Einheit aller linken Kräfte ist deshalb unbedingt erforderlich.

Sozialismus oder Barbarei Sein oder Nichtsein

Das sind die Entscheidungen, vor denen wir stehen.

Genossinnen und Genossen, gebt nicht auf, seid optimistisch. Trotz alledem!

Kapitalismus ist überwindbar.

Abschlußbemerkungen zum 28. Parteitag

Torsten Schöwitz, Vorsitzender der KPD

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte mich bei euch für das ausgesprochene Vertrauen bedanken.

Besonders möchte ich noch mal das Engagement des Genossen Rolle als Vorsitzender würdigen, der trotz angeschlagener Gesundheit unermüdlich an der Festigung und Stärkung wirkte. Ich werde mein Bestes tun, diesen hohen Anspruch auch zu erfüllen und die Grundprinzipien unserer Partei, so wie er, weiter zu erfüllen.

Bedanken möchte ich mich auch bei den aus dem ZK ausgeschiedenen Genossen Cornelia Noack, Michael Junghans und Werner Schleese für die jahrelange politische Arbeit an der Spitze unserer Partei. Ein großes Lob auch an die Genossen der Berliner LO für die Vorbereitung und Ausgestaltung unseres Parteitagsortes.

Um den zukünftigen Parteikurs noch etwas zu konkretisieren, werde ich unsere politische Linie noch einmal kurz umreißen.

1. Die kommunistische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die einzige revolutionäre Klasse. Ihre historische Mission besteht in der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.
2. Die Überwindung des Kapitalismus ist nur durch die sozialistischen Revolution möglich, das bedeutet, die Errichtung der Herrschaft der organisierten Arbeiterklasse. Sie nutzt diese Herrschaft, um das Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben und diese in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Mit dem Aufbau des Sozialismus, der Aufhebung der Klassen und der planmäßigen Weiterentwicklung der sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft werden die Voraussetzungen für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, geschaffen.
3. Die kommunistische Partei ist eine revolutionäre Partei des Klassenkampfes. Sie beherrscht alle Formen des Kampfes, den sie gezielt in politischer, ökonomischer und ideologischer Hinsicht führt. Sie lehnt die Gedanken des Reformismus und der schrittweisen Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus ab. Trotzdem kämpft sie für positive Reformen im Interesse der Arbeiterklasse.

4. Die kommunistische Partei ist eine konsequent antiimperialistische Partei. Sie steht gegen das imperialistische Weltsystem, was die Erde in imperialistische Mächte und abhängige Länder teilt, die vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Die kommunistische Partei verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen imperialistische und neokoloniale Versklavung, setzt sich für nationale Souveränität und Unabhängigkeit ein und unterstützt antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sie bekämpft die verschiedenen nationalen Imperialismen, seien es der USA-Imperialismus oder die im imperialistischen Bündnis der Europäischen Union zusammengefaßten Mächte.
5. Die kommunistische Partei ist eine internationalistische Partei. Sie ist Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung und leistet in ihrem eigenen Land ihren Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus im Weltmaßstab. Sie pflegt den geschwisterlichen Kontakt und Austausch mit kommunistischen und Arbeiterparteien anderer Länder. Sie erklärt ihre Solidarität mit bestehenden sozialistischen Staaten.
6. Die kommunistische Partei ist eine antifaschistische Partei. Sie bekämpft vehement den Faschismus, ob er nun in Form faschistischer Gruppierungen oder über die Faschisierung des Staates droht. Sie unterstreicht den Charakter des Faschismus als besondere Herrschaftsform der monopolistischen Bourgeoisie, als offene und terroristische Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Teile des Monopol- und Finanzkapitals.
7. Die kommunistische Partei hat als Organisationsform den demokratischen Zentralismus. Sie ist daher nach den Prinzipien der Demokratie, der zentralen Leitung, der Kontrolle, der Einheitlichkeit und Verbindlichkeit, der Disziplin, der Kollektivität und Verantwortung sowie der Kritik und Selbstkritik organisiert.
8. Die kommunistische Partei ist eine marxistisch-leninistische Partei. Das gesamte Wirken der kommunistischen Partei basiert auf den theoretischen Erkenntnissen von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin sowie anderer Theoretiker des Marxismus-Leninismus. Hierauf gründen sich Analyse, Programmatik und Strategie der kommunistischen Partei.
9. Die kommunistische Partei hat eine revolutionäre Vergangenheit. Sie steht in den besten Traditionen der revolutionären und marxistischen Arbeiterbewegung, des Bundes der Kommunisten, der Internationalen

Arbeiterassoziation, der frühen II. Internationale und der Kommunistischen Internationale. Sie bekennt sich zur revolutionären und positiven Rolle und historischen Bedeutung des Sozialismus des 20. Jahrhunderts in der UdSSR und sozialistischen Teil Europas, also dem sozialistischen Weltsystem in seiner Gesamtheit. Die kommunistische Partei sieht im Revisionismus und seiner Hauptkampfform, dem Antistalinismus die Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab. Sie verzichtet aber nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen. Sie gewinnt Erkenntnisse für die Gegenwart, indem sie das Gute bewahrt und aus Fehlern lernt. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist, den Marxismus-Leninismus anzuwenden, schöpferisch weiterzuentwickeln und gegen den Revisionismus und „linken Radikalismus“ zu verteidigen.

10. Die kommunistische Partei ist die Partei der Zukunft. Ihre Existenz ist von zentraler Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Ohne sie wird es nicht möglich sein, den zerstörerischen Kapitalismus effizient zu bekämpfen und zu besiegen. Sie ist eine Notwendigkeit, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll. Die kommunistische Partei gibt die orientierende Antwort auf die Fragestellung: Sozialismus oder Barbarei.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Um unsere Partei weiter zu stärken und zu festigen, sehe ich in den weiteren Jahren folgende Schwerpunkte:

- weiteres Beschäftigen und Studieren der ökonomischen Zusammenhänge des Kapitalismus, also das Studium der ökonomischen Werke von Karl Marx
- die weitere konkrete Beantwortung der Frage, warum und wie das sozialistische Weltsystem beseitigt wurde
- die weitere Würdigung sozialistischer Jahrestage und Persönlichkeiten
- die weitere Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit Bekenntnis zum Marxismus/Leninismus mit dem Ziel der Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Partei
- sowie das Mitwirken in antikapitalistischen, antifaschistischen, demokratischen, gewerkschaftlichen und proletarischen Demonstrationen, Initiativen und Massenbewegungen.

Impressum

Schriftenreihe der Kommunistischen Partei Deutschlands

Herausgeber: Zentralkomitee der KPD

Redaktion: KPD, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Telefon: 030/9821930

Fax: 030/97896669

Email: post@k-p-d.org

Herstellung: Eigendruck

Internet: www.k-p-d.org